

iNSIDER

Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen



NR. 04

Winter 2016

27. Jahrgang



**Unn, wo sinn denn die
Virtual Reality-Brillen?**



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Erdogan, Saddat, Trump, Orban, Le Pen, Wilders und co. – Brrr!

Dieser Tage berichtete mir ein Kollege, dass er sich in seinen Klassen in Politik und Wirtschaft kaum noch traut, brisante und komplexe Themen aufzugreifen, weil sofort von nicht wenigen Azubis Stammtischparolen kommen und die Aufforderung zu differenzierter Auseinandersetzung vehement abgelehnt wird. Wie sollen und können engagierte Pädagoginnen und Pädagogen damit umgehen? Woher und von wem erhalten sie dabei Unterstützung? Und: wie geht eine Schule und die gesamte Schulgemeinde damit um? Fragen über Fragen, auch hierzu gibt es keine einfachen Antworten.

Und während ich so vor mich hinsinnere fällt mir ein Zitat nebst Bild von Dietrich Bonhoeffer in die Hände, der 1945 im KZ umgebracht wurde und der aufkeimende Anflug von Resignation verflüchtigt sich.

Lasst uns das Jahr mit dem Bonhoefferschen Optimismusbegriff beginnen!

Euer

Dieter Feind

„Was ist los auf diesem Globus“?, so titelt in der Woche vor Weihnachten eine süddeutsche Tageszeitung.

Es braucht nicht lange des Überlegens, um Antworten zu finden: wachsende Schere zwischen Arm und Reich, 65 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht, kriegerische Auseinandersetzungen an vielen Punkten dieser Erde, Terror auch vor unserer Haustür, bis zu 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit selbst in sog. entwickelten europäischen Ländern, ein sich zunehmend bemerkbar machender Klimawandel, eine liberale und demokratische Menschen erschreckende Hinwendung nicht Weniger zu sog. einfachen Lösungen und Parolen und damit verbunden der Aufstieg autoritärer, nationalistischer und chauvinistischer Bewegungen in nahezu ganz Europa usw. usf.

Und dann kommen einem noch reale Personen in den Blick: Putin,

Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über die gegenwärtige Situation, sondern er ist eine Lebenskraft, eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignieren, eine Kraft, den Kopf hochzuhalten, wenn alles fehlzuschlagen scheint, eine Kraft, Rückschläge zu ertragen, eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner lässt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt.

(Dietrich Bonhoeffer)

gutezitate.com

INHALTSVERZEICHNIS

DGB zur Beruflichen Bildung	3
news	4
INTEA - So geht`s nicht	6
Neue Lehrpläne Religion	8
hprll-intern	10
Mythos „Selbständige“ Schule	11
Müllsammelkinder in Kambodscha	12
Neue Publikationen	16
Ausbildungsmarkt 2016 - Lob und Kritik	17
Digitalisierung und Arbeitnehmerbelange	18
Sprengsatz Jugendarbeitslosigkeit	20
Globales Lernen - Abrufangebot	21
Digitalpakt#D - Pro und Contra	22
Ausbildung für Berufsschullehrer	26
Tage der Achtsamkeit an der EKS	28
Geflüchtete: Integration durch Bildung	29
Projekt Gesunde Azubis	30
Unterrichtsmaterial Mitbestimmung	31
Veranstaltungen und Lehrerpflicht	letzte Seite



FÜR EINE MODERNE UND GUTE BERUFLICHE BILDUNG

Der DGB-Bundesvorstand hat am 1. November 2016 „Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017“ beschlossen und den Parteien am 7. Nov. zugeleitet. Wir dokumentieren daraus die Forderungen zur Beruflichen Bildung. (DS)

□ **Ausbildungsgarantie einführen**

Der Übergangsbereich, insbesondere Warteschleifen ohne sichere Perspektive auf einen Abschluss, sind abzubauen. Pfade zum Ausbildungsabschluss sollen ausgebaut werden. Zudem müssen mehr betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Notwendig ist eine staatliche Garantie zum Einstieg in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs (Berufsschulen, Bildungseinrichtungen) mit Übergang in betriebliche Ausbildung (Anreize schaffen). Die Assistierte Ausbildung (AsA) ist als Regelinstrument auch nach 2018 fortzuführen. Zudem muss bei der AsA mehr in den SGB II-Bereich investiert werden.

□ **Finanzierung der beruflichen Bildung**

Damit die Quote der Ausbildungsbetriebe erhöht wird, müssen sich alle Betriebe an den Kosten der Ausbildung angemessen beteiligen (Unterstützung von Branchenfonds/Umlage).

□ **„Zukunftsprogramm Ausbildung“ starten**

Um allen Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung zu geben, muss für die Jahre 2018 bis 2022 ein steuerfinanziertes „Zukunftsprogramm Ausbildung“ gestartet werden. In Regionen mit einem besonders problematischen Ausbildungsmarkt sollen dabei gerade auch kleinere und mittlere

Unternehmen beim Ausbau von Ausbildungsplätzen strukturell und finanziell unterstützt werden. Ergänzend wird marktbenachteiligten Jugendlichen die Chance gegeben, über eine außerbetriebliche Ausbildung einen Berufsabschluss in einem mindestens dreijährigen anerkannten Ausbildungsberuf zu erlangen. Die Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen soll noch enger mit den Betrieben verzahnt werden. Hierbei sind die Sozialpartner vor Ort eng einzubeziehen. Das Programm muss einheimischen Jugendlichen und Geflüchteten offenstehen.

□ **Berufsschulpakt schmieden**

Eine mangelhafte technische Ausstattung, eine regionale Unterversorgung sowie ein zunehmender Lehrkräftemangel kennzeichnen den Alltag in vielen Berufsschulen. Deshalb müssen Bund, Länder und Schulträger einen Berufsschulpakt – vergleichbar mit dem Ganztagschulprogramm - vereinbaren, um Berufsschulen zu stärken. Bund und Länder sollen zudem eine Qualitäts-offensive für die Ausbildung von Berufsschullehrkräften starten.

□ **Allianz für Aus- und Weiterbildung weiterentwickeln**

Ziele müssen sein, die Integrationskraft des dualen Systems zu stärken (gerade für Jugendliche mit schlechten Startchancen), die Qualität der Ausbildung weiterzuentwickeln sowie die geregelte Weiterbildung zu stärken.



□ **Qualität der Ausbildung ausbauen**

Ein belastbares System der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung ist in den zuständigen Stellen (Kammern) zu etablieren. Das betriebliche Ausbildungspersonal ist durch eine verbindliche Ausbilder-eignungsverordnung (AEVO) und einen Anspruch auf Qualifizierung und Freistellung zu stärken.

Darüber hinaus sollte eine Ausbildungsstätteneignungsverordnung eingeführt werden. Notwendig ist auch die Konkretisierung der Aufgaben der Ausbildungsberater sowie die Einführung von Anhörungsrechten der Berufsbildungsausschüsse in den Kammern bei Fragen der Ausbildungsqualität. Zudem sind Qualitätsstandards für betriebliche Praxisphasen des Dualen Studiums im Berufsbildungsgesetz zu verankern.

□ **Durchlässigkeit verbessern**

Es ist ein verbindlicher Durchstieg von zwei- in dreijährige Ausbildungsberufe zu schaffen.

Das 40 Seiten umfassende Papier kann bei der Redaktion angefordert werden.

PuSCH

Das Förderprogramm „PuSch“ folgt auf die beiden vom Europäischen Sozialfonds finanzierten Programme SchuB (Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb) und EIBE (Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt), die zum Schuljahresende 2014/15 ausgelaufen sind. PuSch-Lerngruppen können auf Antrag der Schule an Schulen mit dem Bildungsgang Hauptschule und an integrierten Gesamtschulen in Form von PuSch A-Klassen sowie an beruflichen Schulen im Rahmen der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in Form von PuSch B-Klassen eingerichtet werden. Die gesamte Förderperiode läuft mindestens über sieben Jahre. Projektstart für das Förderprogramm war der 1. August 2015. Die Summe der ESF-Mittel für PuSch beträgt über den gesamten Förderzeitraum hinweg insgesamt rund 18,6 Mio. Euro; das Land Hessen steuert mindestens noch einmal doppelt so viel bei. Hessenweit gibt es aktuell 65 Pusch A-Klassen an 45 allgemeinbildenden Schulen und 63 PuSch B-Klassen an 35 beruflichen Schulen.

PM HKM vom 11.11.2016

Lehrprobenbörse

Die GEW Berlin führt eine Lehrstellenbörse, die ca. 3.000 Lehrproben als PDF-Dateien zum kostenlosen Download bereithält. Diese funktioniert auf der Basis einer Tauschbörse. Wer Unterrichts-

entwürfe downloaden möchte, muss auch welche zur Verfügung stellen. Vorleistung: eine Lehrprobe kann jede/r herunterladen, ohne selbst zuvor eine gesendet zu haben – GEW-Mitglieder erhalten drei Lehrproben gratis. Auch die Lehrkräfte in Hessen können die Lehrprobenbörse nutzen.

Studie zu Abbrüchen

Das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen hat sich mit Ausbildungsabbrüchen beschäftigt und die neue Studie „Reden ist Gold“ herausgebracht. Fast ein Viertel aller Ausbildungsverträge zwischen Jugendlichen und Betrieben wird jedes Jahr gelöst. Ein besonderes Problem dabei ist, dass sich hier die sozialen Ungleichheiten fortsetzen, die bereits im Schulsystem in Deutschland immer wieder festgestellt werden (s. PISA): Jugendliche aus benachteiligten Verhältnissen brechen häufiger ihre Ausbildung ab als ihre Kolleg*innen aus bessergestellten Familien. Die Studie ergründet die Ursachen für vorzeitige Vertragslösungen und zeigt Lösungswege auf. <http://tinyurl.com/Sofi-Reden-ist-Gold> (soli-aktuell 11/2016)

Neue Unterrichtseinheit: Crowdworker – selbstbestimmt oder ausgebeutet?

Über digitale Plattformen läuft ein zunehmender Teil unseres täglichen Lebens: Flüge über Flugportale buchen, Autos über

Car-Sharing leihen und Kleidung bei Ebay versteigern. Beim Crowdfunding werden digitale Arbeitsaufträge über Internet-Plattformen durch die „crowd“ abgearbeitet. Aber was ist Crowdfunding eigentlich? Welche Möglichkeiten und welche Gefahren für Beschäftigte sind mit dieser Arbeitsform verbunden? Entwickelt sich mit der „digitalen Revolution“ eine „digitale“ Arbeiterklasse, die ihre Rechte erst neu einfordern muss, weil die bestehenden Systeme für die Absicherung der sozialen Risiken nicht ausreichen?

www.boeckler.de/39580.htm

Bildung in der digitalen Welt

„Digitale und IT-Kompetenzen sind neben Lesen, Schreiben und Rechnen mittlerweile zur vierten Schlüsselkompetenz in der Bildung geworden“.

Prof. Dr. Wolf-Dieter Lukas

Leiter der Abteilung 5, „Schlüsseltechnologien – Forschung für Innovationen“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Strategie der KMK vom 08.12.2016

Mit der Verabschiedung der Strategie am 8. Dezember 2016 haben sich die Länder auf einen verbindlichen Rahmen für die gesellschaftlich so bedeutsame

„Bildung in der digitalen Welt“ verständigt. Kompetenzen für ein Leben in der digitalen Welt werden zur zentralen Voraussetzung für soziale Teilhabe, denn sie sind zwingend erforderlich für einen erfolgreichen Bildungs- und Berufsweg. Das Lernen im Kontext der zunehmenden Digitalisierung und das kritische Reflektieren werden künftig integrale Bestandteile dieses Bildungsauftrages sein. (...) Folgende Handlungsfelder werden zugrunde gelegt: Bildungspläne und Unterrichtsentwicklung, curriculare Entwicklungen, Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erziehenden und Lehrenden, Infrastruktur und Ausstattung, Bildungsmedien, Content, E-Government, Schulverwaltungsprogramme, Bildungs- und Campusmanagementsysteme, rechtliche und funktionale Rahmenbedingungen.

Quelle: Deutscher Bildungsserver 15.12.2016

Intensivsprachförderung

Von den derzeit insgesamt rund 26.000 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern, die eine Intensivsprachförderung erhalten, werden rund 18.000 in Intensivklassen unterrichtet. Diese teilen sich auf knapp 900 Intensivklassen an allgemeinbildenden Schulen sowie knapp 400 Intensivklassen an Beruflichen Schulen (InteA – Integration und Abschluss) auf. Insgesamt kommen im Rahmen der gesamten Deutsch-Sprachförderung des Landes Hessen mehr als 2.000 Lehrerstellen zum Einsatz.

PM des HKM vom 11.11.2016

„Vom Islam unterwandert“

Gut 40 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass Deutschland durch den Islam unter-

wandert werde. 28 Prozent stimmten der Aussage zu: „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen“. Ebenfalls 28 Prozent bejahten den Satz „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“.

Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zahlen

- 2014 waren fast 2 Mio. Personen im beschäftigungsfähigen Alter ohne Schulabschluss, über 7 Mio. ohne beruflichen Bildungsabschluss.
- 20 Prozent eines Jahrgangs ist nicht beruflich qualifiziert
- 7,5 Mio. Menschen im erwerbsfähigen Alter gelten als funktionale Analphabeten
- Im Weiterbildungssektor gibt es 700.000 Beschäftigte, davon sind etwa je zur Hälfte hauptberuflich und nebenberuflich beschäftigt.

Betriebsräte unerwünscht

Jede sechste Gründung einer Arbeitnehmer-Vertretung wird torpediert. Firmen schüchtern Kandidaten ein, drohen mit Kündigung oder verhindern die Bestellung eines Wahlvorstands. Besonders rau scheint es in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und dem Gastgewerbe zuzugehen: Dort hatten 76 Prozent der befragten hauptamtlichen Gewerkschafter Kenntnis von Störmanövern der Arbeitgeber.

DE 08.11.2016

Arm und Reich

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weit auf. Ein Prozent der Bevölkerung verfügt über rund ein Viertel des Gesamtvermögens, die reichsten 10 Prozent haben bis zu drei Viertel des gesamten Nettovermögens. Gleichzeitig stieg die Zahl Hochverschuldeter bei den Erwachsenen auf 6,1 Prozent – auf nun 4,17 Millionen Menschen.

Alles nachzulesen im Entwurf des Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bezahlbarer Wohnraum

Als „bezahlbar“ gilt allenthalben eine Nettokaltmiete, die maximal 30 Prozent des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens beträgt.

Nur jeder fünfte finanzschwache Haushalt hat derzeit überhaupt die Chance, eine Sozialmietwohnung zu bekommen. Das Eduard-Pestel-Institut für Systemforschung in Hannover errechnete einen aktuellen bundesweiten Bedarf von 5,6 Millionen Sozialwohnungen. Derzeit sind allerdings lediglich 1,6 Millionen auf dem Wohnungsmarkt verfügbar.

DE 22.11.2016

Hauspreise verrückt

Im oberfränkischen Landkreis Kronach ist ein gebrauchtes Ein- oder Zweifamilienhaus laut Immobilienmarktbericht der Staatsregierung im Schnitt für nur noch 85.000 Euro zu haben – im Landkreis München kostet eine vergleichbare Immobilie dagegen 1,5 Millionen Euro.

Zusammenstellung und Ausführungen

Dieter Staudt

INTEA – SO GEHT `S NICHT!

Am 9.11.2016 wurde ein neuer INTEA-Erlass an die Schulen gesendet, der für großes Unverständnis und starke Empörung an den Berufsbildenden Schulen sorgte.

INTEA als nicht-berufsbildende Schulform

Das Kultusministerium hat durch das Programm INTEA quasi eine neue Schulform an den Berufsbildenden Schulen eingeführt, ohne Bezug zu den bisherigen Schulformen der Berufsbildenden Schulen. INTEA soll sich nach Erlass im Rahmen der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB) bewegen, faktisch handelt es sich aber um eine eigene Intensivmaßnahme. In der Vorbemerkung steht zwar, dass die BzB-Verordnung gilt, im dann folgenden Erlassentext werden aber fast alle BzB-Regelungen für INTEA-Klassen neu definiert. Anders sind: die Stundentafel, das pädagogische Konzept, der Klassenteiler, die Zulassungsvoraussetzungen, die Klassengröße und die Abschlussprüfungen.

Konsequenzen: INTEA ist ein Fremdkörper im Beruflichen Schulsystem. Es gibt zwar zusätzliche Stellen, aber die Schulen stellen mangels Nachwuchs an Berufsschullehrer_innen Menschen mit gymnasialem Lehramt ein, oft nur befristet, obwohl es Vorgaben gibt, unbefristet einzustellen.

Falsches pädagogisches Konzept

Das HKM gibt durch die Stundentafel explizit vor, dass der Spracherwerb allen sonstigen Lerninhalten vorgelagert sein muss und erst darauf aufbauend ein Fachsprachenerwerb erfolgen soll. Berufspädagog_innen arbeiten anders. Ausgehend von Kerschensteiners These der „Bildung im Medium des Berufs“ erfolgt in der Berufspädago-

gik Wissens- und Fähigkeitserwerb in konkreten Handlungssituationen bzw. an diesen orientiert, ob nun im beruflichen Bereich oder auch in allgemeinen Fächern wie Deutsch, Fremdsprache oder Mathematik. Spracherwerb erfolgt somit integriert in den Fachunterricht. So wird dies auch in fast allen anderen Bundesländern umgesetzt. Hessen geht hier einen Sonderweg und dies mit der einzigen Begründung: „einheitliches Sprachförderkonzept“, als ob Grundschulkind Sprache in gleicher Art erwerben wie Jugendliche und junge Erwachsene.

Mangelnde Rahmenbedingungen

Die Kolleg_innen ächzen unter den momentanen Rahmenbedingungen. Während in BzB der Klassenteiler 16 gilt ist er für INTEA 20, außer für Alphabetisierungsklassen. Die Zuweisung sieht für PUSCH 38 Stunden und für BVJ 31,3 Stunden vor, für INTEA-Klassen gibt es nur 28 Stunden. Ganztagsbeschulung, wie in anderen Bundesländern, ist nicht vorgesehen. Die sozialpädagogische Unterstützung reicht bei weitem nicht aus und kommt erst viel zu spät. In Hamburg gibt es zum Beispiel eine halbe Stelle sozialpädagogische Unterstützung pro Klasse. Die Zusammensetzung der Klassen in INTEA ist äußerst heterogen. Die Kolleg_innen fühlen sich hierauf nicht ausreichend vorbereitet und

mit den Problemen der SuS (z.B. Traumatisierung) alleingelassen.

Keine Abschlussperspektive

Der neue INTEA-Erlass legt fest, dass keine Abschlüsse nach BzB-Verordnung möglich sind, sondern nur externe Prüfungen. Dass die SuS in INTEA eine externe Hauptschul- oder Realschulprüfung bestehen ist äußerst unwahrscheinlich. So ist z.B. in der Stundentafel von INTEA der Unterricht in gewissen Fächern der externen Abschlussprüfung nicht vorgesehen. Die Anforderungen der externen Prüfungen richten sich in der Regel an schulisch in Deutschland sozialisierte Menschen und an Menschen mit deutscher Muttersprache. Noch nicht einmal der BzB-Abschluss kann vergeben werden. Es gibt also kaum die Möglichkeit, den jungen Menschen zu zertifizieren, was sie innerhalb von zwei Jahren in INTEA gelernt haben. Das ist nicht nur frustrierend für die SuS, sondern auch für die unterrichtenden Kolleg_innen.

Die BzB-Verordnung sieht Möglichkeiten des Abschlusses vor, die auf die individuelle Vorgeschichte der jungen Menschen eingehen können, aber trotzdem auf dem Niveau der allgemeinbildenden Abschlüsse prüfen. Die Prüfung nach BzB-Verordnung ist an den Berufsbildenden Schulen gut bekannt, externe Prüfungen weniger. Diese implizieren

Wir bekamen unsere Prügel von den Eltern.
Die Jungen (*hier: Geflüchtete Junge*) beziehen sie direkt vom Leben.
(Waldemar Bonsels)

neben den oben genannten Schwierigkeiten noch zusätzlichen Verwaltungsaufwand, den Schulen nun wirklich nicht auch noch brauchen.

Auf einer Schulleiterdienstversammlung Anfang Dezember 2016 erklärte das Ministerium, dass nur in Einzelfällen, wenn sicher ist, dass die SuS die Prüfung auch bestehen, die SuS zur Externenprüfung angemeldet werden dürfen. Begründet wurden diese Vorgaben mit den Kosten der externen Prüfung. Das Ministerium geht davon aus, dass weniger als 10% der INTEA-Schüler_innen der Vorgabe entsprechen. Dies bedeutet, dass über 90% der SuS INTEA ohne einen Abschluss verlassen.

Keine Anschlussperspektive

Völlig unklar ist, was die Schülerinnen und Schüler, die im Sommer aus INTEA entlassen werden, anschließend machen können. Es fehlen Zielperspektiven für SuS und Lehrkräfte zum Anschluss im beruflichen Schulwesen. In die beruflichen Bildungsgänge Berufsvorbereitungsjahr oder Zweijährige Berufsfachschule können sie nicht gehen, weil sie nach INTEA-Teilnahme in der Regel über 18 Jahre alt sind. Damit sind sie verwiesen auf den freien Markt, also Arbeitsagentur oder „Wirtschaft integriert“ oder oder??? Die Landesregierung hat zwar 700 Plätze in den BzB für 18-22-Jährige angekündigt. Bei rund 8.000 SuS in INTEA reicht dies gerade mal für weniger als 10 % der INTEA-Abgänger.

So trägt die im neuen Erlass festgelegte Umbenennung von INTEA in „Integration durch Anschluss und Abschluss“ geradezu Orwell'sche Züge. Nur einem verschwindenden Teil der INTEA-Schüler_innen ist ein Abschluss möglich und Abschlüsse im beruflichen Schulwesen sind so gut wie keine vorgesehen.

Praktika nur in den Ferien

Bisher waren in INTEA Praktika verboten. Nach dem neuen Erlass sollen Praktika möglich sein, aber beim Weiterlesen des Erlasses verwandelt sich die Freude darüber in Wut. Die Praktika dürfen nur in den Ferien stattfinden und nur, wenn die Lehrkräfte diese in den Ferien betreuen. Auch geflüchtete Jugendliche brauchen Erholungszeiten und das Gelernte muss sich setzen können. Dass die INTEA-Lehrkräfte die Ferienzeit dringlichst brauchen, steht bei den schlechten Rahmenbedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, außer Frage.

Die GEW wird sich in den folgenden Wochen und Monaten auf allen Ebenen und mit allen ihr zur

Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen in INTEA verbessert werden, dass Abschlussprüfungen nach BzB-VO möglich sind, dass die Ferienregelung zu Praktika im INTEA-Erlass gestrichen wird und vor allem: dass den SuS in INTEA Anschlussperspektiven eröffnet werden.

Erste Erfolge unseres Einsatzes liegen bereits vor. So wird seit dem Sommer 2016 bei jeweils vier INTEA-Klassen an einer Schule eine Alphabetisierungsklasse mit Höchstgrenze 12 SuS zugewiesen. Der Erlass kann angefordert werden bei r.becker.gew@gmx.de

Ralf Becker

AV-M Dual – so geht's besser!

Am 11. November gab es auf einer Pressekonferenz der Hamburger Bildungsbehörde erste Zahlen zum Übergang der SuS aus AV-M Dual. Die Pilotklassen sind vor zwei Jahren eingerichtet worden und die ersten Jugendlichen haben den zweijährigen Bildungsgang beendet:

Dazu Rainer Schulz, HIBB, Oberste Berufsschulbehörde in Hamburg, in der Pressemitteilung: „Im Rahmen eines Pilotversuchs konnten wir mit AV-M-Dual 27 Prozent der Jugendlichen direkt in eine Ausbildung oder Beschäftigung integrieren. 14 Prozent entschieden sich für einen weiterführenden Schulbesuch, 23 Prozent werden in Anschlussmaßnahmen der Agentur für Arbeit auf eine Ausbildung vorbereitet. In Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur erhalten alle Beratungsangebote. Angesichts der unterschiedlichsten Ausgangsvoraussetzungen der Schüler freue ich

mich besonders über die hohe Quote der erreichten Schulabschlüsse.“ <http://www.hamburg.de/bsb/pressemitteilungen/7379648/2016-11-11-bsb-fluechtlinge-praktikum>

Im August 2014 war AV-M-Dual an vier berufsbildenden Pilotschulen in 12 Klassen mit 189 neu zugewanderten Jugendlichen gestartet. Sie waren zwischen 16 und 18 Jahre alt, kamen aus 29 Herkunftsländern, waren geprägt durch unterschiedliche Kulturen und hatten zwischen Null und 10 Jahre in ihrem Heimatland die Schule besucht. Nachdem 48 SuS aus unterschiedlichen Gründen den Bildungsgang verließen erreichten von den verbliebenen 141 Schülerinnen und Schüler 37 Prozent den ersten Schulabschluss, 27 Prozent den mittleren Schulabschluss und 33 Prozent ein Abschluszeugnis der Berufsvorbereitungsschule.

Martin Neumann GEW Hamburg

NEUE LEHRPLÄNE RELIGION FÜR BERUFLICHE SCHULEN DES LANDES HESSEN

„Wenn ihr alles getan habt, was euch befohlen wurde, sollt ihr sagen: Wir sind unnütze Sklaven; wir haben nur unsere Schuldigkeit getan.“ (Lk 17,10)

Mit dieser Gewissheit des Evangeliums im Rücken ließ sich als Koordinator der Lehrplangruppe für katholischen Religionsunterricht an Beruflichen Schulen in Hessen einiges aushalten.

Im Februar 2010 kamen zwei Lehrplangruppen für evangelischen und katholischen Religionsunterricht erstmals zusammen. Kompetenzorientiert sollten die neuen Lehrpläne sein und die Rahmenlehrpläne von 1992 bzw. 1987 ablösen. Fünf Jahre Gültigkeit sollten die neuen haben, um dann auf ihre Bewährung überprüft zu werden. Dass die Entwürfe der Lehrpläne teilweise gut 5 Jahre im Kultusministerium lagerten, bevor

Charakter wird durch die jeweilige Religionslehrerin oder den Religionslehrer garantiert.

Das lenkt den Fokus stark auf die Persönlichkeit der Lehrkraft, eröffnet einerseits Chancen, bringt aber immer auch Schwierigkeiten in der Profilierung des Faches mit sich. Ohnehin hat es der Religionsunterricht an Beruflichen Schulen als „weiches Fach“, das nicht dem beruflichen Lernbereich zugeordnet ist, nicht leicht. „Mein Auszubildender kann sonntags in die Kirche gehen, da braucht er in der Schule keine Religion“ sind Argumente von Innungen und Handwerksmeistern, welche noch nicht erfahren haben, dass der Berufsschulreligionsunterricht seit Jahrzehnten einen ganz anderen Anspruch hat. Und bei den Auszubildenden, beruflichen Schülerinnen und Schülern bekommt er durchweg gute Noten.

Nun sollen hier keine Wertedebatte oder andere Gesichtspunkte aufgeführt werden. Ich halte den Religionsunterricht, wie auch die anderen Fächer im allgemeinen Lernbereich an Beruflichen Schulen für unverzichtbar, nicht nur damit keine „Fachidioten“ oder Idioten anderer Art ins (berufliche und gesellschaftliche) Leben entlassen werden. Die Notwendigkeit eines solcherart angelegten und profilierten Religionsunterrichts wird auch in den neuen Lehrplänen deutlich.

Der evangelische und der katholische Lehrplan zeichnen sich durch fünf ähnlich aufgebaute Lernbereiche aus, welche wiederum jeweils fünf Lernbausteine enthalten. (vgl. Schaubild 1, Überblick Lernbereiche/-bausteine kath. Lehrplan)

Somit liegen der Religionslehrkraft 25 Lernbausteine vor. In schuleigenen Curricula sollen diese den verschiedenen beruflichen Schulformen zugeordnet werden. Bis auf das berufliche Gymnasium gelten die neuen Religionslehrpläne für alle beruflichen Schulformen, also von der (Teilzeit-) Berufsschule bis zur Fachoberschule.

Die fünf Lernbereiche machen einen klaren Berufs- und Gesellschaftsbezug deutlich, wie er nun einmal Beruflichen Schulen eigen ist, im Vergleich zu allgemeinbildenden Schulen. Sie sind bezogen auf Leben und Arbeiten,

LERNBEREICHE	1. Leben und Arbeiten	2. Mensch sein - Mensch werden	3. Glauben und Denken	4. Religion und Religionen	5. Gestalten und Verantworten
LERNBAUSTEINE	1.1 Sinn der Arbeit	2.1 Mann sein - Frau sein	3.1 Wirklichkeit und Wahrheit	4.1 Religion und Religiosität	5.1 Zwischen Selbst- und Fremdbestimmung
	1.2 Arbeit und Gerechtigkeit	2.2 Konflikte und Krisen	3.2 Naturwissenschaft und Glaube	4.2 Nach Gott fragen	5.2 Gewissen
	1.3 Arbeit und Gesellschaft	2.3 Mit Grenzen leben	3.3 Sinn suchen	4.3 Jesus, der Christus	5.3 Vergelten und Vergeben
	1.4 Frei Zeit gestalten	2.4 Ich - Du - Wir Was ist der Mensch?	3.4 Orientierung finden	4.4 Kirche im Widerstreit	5.4 Schöpfung bewahren
	1.5 Arbeit und Menschenwürde	2.5 Zur Ruhe kommen - zu sich kommen	3.5 Ein Traum vom Leben	4.5 Religionen der Welt	5.5 Gerechtigkeit schafft Frieden

Überblick Lernbereiche/Lernbausteine katholischer Lehrplan

sie dann im Amtsblatt 09/16, mit Wirkung zum 1. August 2016 veröffentlicht wurden, hat eine eigene Note.

Christen in Lehrplangruppen haben es möglicherweise leichter, Ärger mit dem Kultusministerium oder anderen relevanten Stellen aufgrund des Evangeliums anders einordnen zu können: es gilt die Perspektive der Ewigkeit. Jedenfalls waren erste Entwürfe der Lehrpläne bereits im Sommer 2011 fertig.

Konfessioneller Religionsunterricht an Beruflichen Schulen unterscheidet sich von dem in allgemeinbildenden Schulformen. Gängige Praxis ist es, diesen im Klassenverband zu unterrichten: vor beruflichen Schülerinnen und Schülern mit ihren diversen Religionszugehörigkeiten und Weltanschauungen. Der konfessionelle

die Frage des Menschseins, des Glaubens, der Religionen und ethischer Verantwortlichkeit.

Das didaktische Konzept der zugeordneten 25 Lernbausteine ist so aufgebaut, dass anfangs die Lebenssituation der Schüler/innen aufgegriffen und diese theologisch gedeutet wird. Darin geht es um private, gesellschaftliche und berufliche Lebensbereiche. Die angestrebten Kompetenzen werden beschrieben und mögliche Zugänge zum Thema angeboten, auch in Gestalt von „Standpunkten zur Diskussion“. Bezüge zur Bibel und theologischer Literatur sowie eine mögliche Vernetzung mit anderen Lernbausteinen oder ganzen Lernbereichen runden dieses didaktische Konzept ab.

Um einen konkreteren Einblick zu geben, wähle ich hier beispielhaft aus dem katholischen Lehrplan den Lernbaustein „3.2 Naturwissenschaft und Glaube“ aus dem Lernbereich „3. Glauben und Denken“ aus.

In der **Lebenssituation** von Auszubildenden wird die scheinbare Widersprüchlichkeit von Naturwissenschaft und Glaube dargestellt. „Wer naturwissenschaftlich denkt, kann nicht glauben. ... Im Betrieb und auch in sonstigen gesellschaftlichen Feldern finden sie dazu kaum differenzierte Argumentationen.“ Hingegen sehen Christen „in den biblischen Texten keinen Widerspruch zu den Naturwissenschaften, da sich beide zunächst auf verschiedenen Erkenntnis-Ebenen bewegen. ... Der Religionsunterricht demonstriert daher Respekt gegenüber den Naturwissenschaften, fordert aber auch zur kritischen Reflexion heraus sowie zu Widerspruch bei naturwissenschaftlichen Beweisführungen, die die Existenz Gottes zu widerlegen versuchen. Sein Anliegen ist die umfassende Sicht auf die Wirklichkeit (...). Er widerspricht damit auch einem rein biologisch verstandenen Welt- und Menschenbild.“

Die zu erwerbenden **Kompetenzen** bestehen in der Beschreibung verschiedener Positionen zur Weltdeutung und der Differenzierung von religiöser und naturwissenschaftlicher Rede. Die gegenseitige Ergänzung von Naturwissenschaft und Glaube zu einer umfassenden Deutung der Wirklichkeit soll verstanden werden, um eine Offenheit für einen vor der Vernunft bestehenden Glauben zeigen zu können. *(zu dem Kompetenzverständnis im evangelischen Lehrplan vgl. Schaubild 2)*

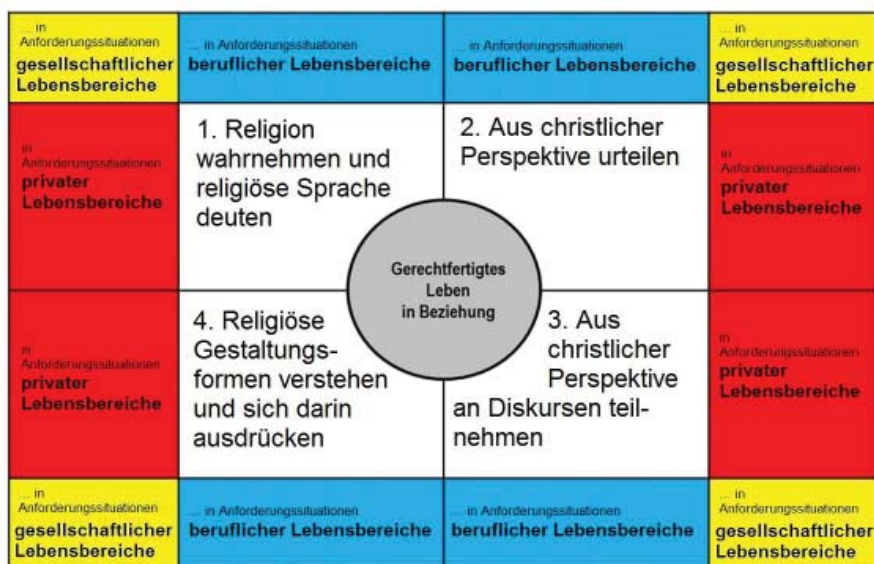
In den **Anforderungssituationen** werden Standpunkte, wie „Glauben heißt nicht Wissen!“ oder „Wissenschaft ohne Religion ist lahm, Religion ohne Wissenschaft ist blind! (A. Einstein)“ zur Diskussion gestellt.

Biblich lassen sich hier die Schöpfungserzählungen aus dem Buch Genesis aufgreifen. **Theologische** Bezüge sind in Aussagen beispielsweise von Papst Johannes Paul II. zum „Verhältnis von Glaube und Vernunft (1998)“ zu finden.

Eine **Vernetzung** ist zu den Lernbausteinen „3.1 Wirklichkeit und Wahrheit“ oder „4.1 Religion und Religiosität“ möglich.

Was heißt Kompetenz im Religionsunterricht, bzw. genauer, was heißt religiöse Kompetenz?

In der obigen beispielhaften Umschreibung fielen die Begriffe „Deuten“ oder „Verstehen“. Damit wird deutlich, dass religiöse Kompetenz sich durchaus an gängigen Kompetenzverständnissen orientiert. Es geht jedoch dabei stets um eine christliche Perspektive, oder, in all diesen zu erwerbenden Kompetenzen „die Reich-Gottes-Botschaft Jesu als kritisches Potenzial und als Hoffungsansage einzubringen.“ Die Parallelität der evangelischen und katholischen Lehrpläne ermöglicht es den Fachkonferenzen vor Ort, ein eigenes Schulcurriculum zu entwickeln. Dabei



Kompetenzverständnis evangelischer Lehrplan

konkret mitzuhelfen stehen auch die Referenten der beiden evangelischen Landeskirchen (Kristina Augst, Rainer Zwenger) und der drei katholischen hessischen Diözesen (Andreas Greif, Stephan Pruchniewicz, Marc Fachinger) ein. Dies wurde auch auf den beiden Tagungen zur Implementierung der Lehrpläne am 19.9. und 7.11.2016 in Wiesbaden-Naurod und Kassel deutlich gemacht.

Die beiden Lehrpläne sind über: <https://kultusministerium.hessen.de> abrufbar.

Marc Fachinger, Referent für Berufliche Schulen im Bistum Limburg /Koordinator der katholischen Lehrplangruppe

Auf der bisherigen und zukünftigen Agenda des HPRLL stehen der Schulversuch zur Berufsfachschule für den Übergang in Ausbildung (BÜA), die Verordnung über die Bildung von schulträgerübergreifenden Schulbezirken für Fachklassen (VOFKS), Integration durch Anschluss und Abschluss (INTEA), Verordnung Fachschulen für Sozialwesen (FSVOSoz), Planungssystem Personal und Budget (PPB) und Zentralisierung der Abrechnung von Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten (ZRTU).

BÜA

Die Schulen, die am Schulversuch teilnehmen, sollten bereits im Herbst feststehen, dies hat sich aber verzögert. Es sollen 16 Bewerbungen von Einzelschulen und von Verbänden vorliegen. Dadurch sind rund 30 Schulen im Bewerbungsverfahren bei 20 geplanten Schulen. Im Schulamt Kassel sollen sich alle Schulen als Verbund beworben haben. Die finanziellen Rahmendaten für den Schulversuch sind noch zu klären. Die Auswahlentscheidung erfolgt deshalb verspätet und lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Anfang des Jahres sollen die Entscheidung getroffen und die Schulen informiert werden.

Für den 30. März 2017 ist eine große Auftaktveranstaltung geplant. Sobald die Schulen festgelegt sind, können diese die insgesamt 20 A12-Stellen für at Fachlehrer_innen - Koordinator_innen für den

Übergang - ausschreiben. Die Stellen sollen zum 1.8.2017 besetzt werden.

Genauer wird der HPRLL in der Sitzung nach den Weihnachtsferien erfahren. Für HPRLL und GEW ist es wichtig, möglichst viele Infos aus den Schulen zu bekommen, um agieren zu können. Bitte alle Infos, die Ihr bekommt an r.becker.gew@gmx.de

VOFKS

Am 6. Dezember 2016 tagte die landesweite AG zur Festlegung von Fachklassenstandorten. Die im Konsens erarbeiteten Empfehlungen der regionalen AGs wurden zu einer Empfehlung zusammengefasst. Das Ministerium will die Empfehlung in einen Verordnungsentwurf gießen, der demnächst ins Beteiligungsverfahren geht. Dort ist zu prüfen, ob diese Empfehlungen auch so übernommen wurden.

INTEA

Der neue INTEA-Erlass (siehe Artikel in dieser Ausgabe) wurde im HPRLL intern diskutiert. Es ist geplant, nach den Ferien mit der Dienststelle in die kritische Auseinandersetzung zu gehen.

FSVOSoz

Schon seit längerem gelten neue Lehrpläne, die an den Schulen umgesetzt werden sollen. Die Lehrpläne sehen aber Regelungen vor, die nicht kompatibel zur gültigen Verordnung sind. Die Schulen bewegen sich somit in

einem rechtsunsicheren Raum. Der HPRLL hat nachgefragt, wann mit einem Beteiligungsverfahren zu rechnen sei. Die Antwort stand bei Redaktionsschluss noch aus.

PPB

Das Ministerium führt momentan sukzessive ein neues zentrales, onlinebasiertes Personal- und Budgetplanungssystem ein, welches das bisherige „Excel-Tabellen-Weit Wurf-Prinzip“ (O-Ton Projektleitung) ersetzen soll. Einige Teile sind schon eingeführt, andere sollen folgen. Im Beteiligungsverfahren stellen sich für den HPRLL u. a. die Fragen, ob dies zu einer besseren Kommunikation zwischen Schulpersonalräten und Schulleitungen führt und ob dies zur Entlastung von Schulleitungen beiträgt. Rückmeldungen (kritische oder positive) nehmen wir gerne insbesondere von den direkter betroffenen Schulleitungen entgegen (Email: r.becker.gew@gmx.de).

ZRTU

Im Sommer 2016 wurden alle Beschäftigten angeschrieben, dass ab sofort Reisekosten nur noch online abgerechnet werden können und die entsprechenden Zugangsdaten wurden zugesendet. Es tauchen immer wieder Probleme auf, die auf dem vorgesehenen Weg (Hotline) nicht geklärt werden können und die der HPRLL an das Ministerium weitergibt. Problem-meldungen, die nicht über die Hotline geklärt werden können, bitte an r.becker.gew@gmx.de.

Ralf Becker

MYTHOS „SELBSTÄNDIGE“ SCHULE

Leserbrief zum Artikel „SES/SBS-Budgetierung vor dem Ende?“ von Ralf Becker, erschienen im Insider Nr. 03 im Herbst 2016

Wie berichtet wurden im Jahr 2015 freie Personalmittel in Höhe von 9,8 Mio € im Bereich der „selbständigen“ Schulen nicht stellenwirksam für Unterricht oder sonstige Aufgaben der „selbständigen“ Schulen eingesetzt und insofern insgesamt 260 Stellen in diesen Schulen nicht besetzt. Das bedeutete nach den Aussagen des Verfassers, dass dadurch 260 Personen eine Einstellung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis als Beamter oder Angestellter verwehrt würde. Als Ursache wird die Budgetierung als solche, d.h. die direkte Zuweisung von Haushaltsmitteln an die „selbständigen“ Schulen ausgemacht. Die „selbständigen“ Schulen verzichten also freiwillig auf die Verausgabung ihrer Mittel und verhindern somit die vom Gesetzgeber vorgesehene Verwendung.

Ralf Becker hinterfragt hierbei nicht das an sich widersprüchliche Verhalten dieser „selbständigen“ Schulen. Wieso verausgaben diese nicht die Mittel, die ihnen zustehen? Ich bin an einer solchen Schule tätig, die ihre Mittel nicht verausgabte und im kommenden Jahr zudem gebildete Rücklagen verfallen lassen muss. Woran liegt das? Hat die Schulleitung keinen Überblick über die Haushaltsmittel? Ist die Schule einfach zu üppig ausgestattet, dass sie nicht weiß, wohin mit dem vielen Geld? Ich unterstütze daher die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zur künftigen Ausgestaltung der Budgetierung. Nur darf diese nicht im Kultusministerium angesiedelt sein, sondern es müssten die Wirkungsmechanismen von unabhängigen Experten überprüft werden.

Das hauptsächliche Problem, warum wir an unserer Schule die für diese vorgesehenen Mittel nicht verausgaben können ist, dass es zwar die Budgetierung gibt, die Stellenbewirtschaftung in Hessen aber zentral über die Bildungsverwaltung gesteuert wird

Befristete Verträge können zwar generiert werden, bedürfen aber der Genehmigung der Bildungsverwaltung und sind nur für Vertretungsfälle zulässig. Eine eigenverantwortliche Personalbewirtschaftung hat es also an Hessens „selbständigen“ Schulen nie gegeben. Hier liegt auch der Pferdefuß des Systems – die „selbständigen“ Schulen wie auch die „rechtlich selbständigen“ Schulen sind wirtschaftlich unselbständig und weisungsgebunden. In unserem konkreten Fall bedeutet das, dass wir nach wie vor nur Stellen besetzen können, wenn wir sie zugewiesen bekommen. Nun ist unser Schulamtsbezirk insgesamt defizitär, was dazu führt, dass das Schulamt uns eine auskömmliche Stellenzuweisung im Rahmen des Budgets verweigert. Folglich steigen bei uns die „freien Personalmittel“ und die Rücklagen. Allerdings sind diese Personalmittel gar nicht frei, da unserem Überschuss ein Defizit im Bereich anderer Schulen gegenübersteht und das Schulamt dieses Defizit mit unserem Überschuss ausgleicht. Man darf also nicht den Fehler machen, die „selbständigen“ Schulen nur für sich zu betrachten, sondern muss das Gesamtsystem sehen. „Freie Personalmittel“ werden hier an andere Schulen verschoben; buchhalterisch verbleibt bei der „selbständigen“ Schule ein Überschuss, der dann nach drei Jahren verschwindet bzw. das Defizit in anderen Bereichen der Kultusverwaltung ausgleicht.

Somit wird die vom Gesetzgeber intendierte selbständige Schule ad absurdum geführt. Schul- und Perso-

nalentwicklung sind so nicht möglich. Die Fluktuation im Kollegium ist extrem hoch und die Unterrichtsabdeckung extrem schwer. Sie gelingt meist nur über befristete Verträge (prekäre Beschäftigungsverhältnisse), bei denen das durch die Schulleitung mühsam rekrutierte Personal nach spätestens zwei Jahren ein Schreiben des Staatlichen Schulamtes erhält, sich doch bitte nach einer anderen Beschäftigung umzuschauen, da seitens der Kultusverwaltung eine Entfristungsklage befürchtet wird. Gerade für „selbständige“ berufliche Schulen ist die zentrale Steuerung eine Katastrophe. Bei fehlendem Fachpersonal gerade im Metall- und Elektrobereich, aber mittlerweile auch im Bereich Wirtschaft und Verwaltung dürfen keine jungen Gymnasiallehrkräfte eingestellt werden, die das bestehende Personal wenigstens in den Unterrichtsfächern entlasten könnte – und dies bei überquellenden Rücklagen. Um den Unterrichtsausfall abzufedern werden sogar pensionierte Lehrkräfte jeweils für ein paar Stunden beschäftigt, was ohne freie Personalmittel nicht möglich wäre.

Die Selbständigkeit der Schulen ist bisher nur ein Mythos und ein Beispiel dafür, wie ein Gesetz durch restriktive Verwaltung einfach wirkungslos bleiben kann. Gerade die von Ralf Becker geforderte zentrale Stellenbewirtschaftung wurde in Hessen nie aufgegeben und führt zu extremen Fehlsteuerungen und Ineffizienz im Kultusbereich. Budgetierung ohne die entsprechende Möglichkeit der Personalentscheidung macht dieses Instrument untauglich. Der Status der Selbständigkeit und die damit verbundenen Entscheidungskompetenzen bedürfen einer dringenden Klärung - ein Problem, für das in der Tat eine Arbeitsgruppe gebildet werden sollte.
Simone Ohl, PPC Limburg

MÜLLSAMMLERKINDERN EINE ZUKUNFT

Seniolexperte im Einsatz in Kambodscha



Eine Möglichkeit der aktiven Gestaltung des Ruhestands ist durch das ehrenamtliche Engagement bei dem Senioren Experten Service (SES) mit Sitz in Bonn gegeben. Der SES ist eine „Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit“ und vermittelt Ruheständler nach Bewerbung in die unterschiedlichsten Einsatz- und Aufgabenbereiche in Deutschland und auch auf internationaler Ebene. In Deutschland stehen neben der Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen oder gemeinnützigen Organisationen überwiegend Betreuungs- und

Unterstützungsaufgaben von Schülerinnen und Schülern sowie Flüchtlingen im Focus des Aufgabengebietes. Für internationale Einsätze werden Seniorexperten gesucht, die in der Regel in Schwellen- und Entwicklungsländern in den unterschiedlichsten Bereichen beratend und qualifizierend zum Einsatz kommen. Alle SES-Einsätze sollen hierbei dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ folgen.

Bereits im letzten Halbjahr meiner Berufstätigkeit als Abteilungsleiter an der LGS in Dieburg im Jahr 2013 hatte ich mich beim SES beworben. Nach der Erstellung eines Personalprofilbogens beim SES wurde mir im Jahr 2014 ein Einsatz im Rahmen eines Projekts in Kambodscha angeboten.

Dieses Projekt hatte die Bezeichnung „Vorschule und Kindergarten im COMPED HOME (CH) - Verbesserung der Lern- Lebensbedingungen von Müllsammlerfamilien und Müllsammlerkindern der Deponie Phnom Penh“. Zielgruppe waren die Kinder im Alter von 4 – 6 Jahren der über 100 Müllsammlerfamilien, die auf oder am Rande der Deponie in Phnom Penh leben. CH ist ein Teil der *Cambodian Education and Waste Management Organization*, kurz COMPED, die im Jahr 2000 als Nichtregierungsorganisation (NGO) in Phnom Penh, Kambodscha gegründet und im Jahr 2003 offiziell durch das kambodschanische Innenministerium anerkannt wurde. Die NGO COMPED betreut zusammen mit der Thüringisch Kambod-

schanischen Gesellschaft (TKG), der deutschen Partnerorganisation, zurzeit weit über 100 kambodschanische Kinder und Jugendliche aus Müllsammlerfamilien und Familien, die in armen Verhältnissen leben.

Einsatzauftrag für den SES-Experten

Im Rahmen des oben genannten Projektes sollte von dem SES-Experten neben dem Aufbau eines Kindergartens und der Entwicklung eines pädagogischen Konzeptes eine Schulung des CH-Teams in den Bereichen Didaktik, Methodik und Teamwork durchgeführt werden. Eine Schulung im Bereich der Projektplanung und Projektrealisierung (Projektmanagement) sollte im nächsten Schritt erfolgen. Das grundsätzliche Ziel des Einsatzes war es, das bislang ungeschulte Personal so zu qualifizieren, dass es mit den neu erworbenen Kenntnissen die aktuellen Aufgaben besser bewältigen und sich neuen Aufgaben qualifizierter stellen kann. In diesem Rahmen wurde dem SES-Experten von der deutschen Partnerorganisation von COMPED, der Thüringisch Kambodschanischen Gesellschaft e.V. (TKG), auch die pädagogische Leitung für die Planung und den Aufbau des Kindergartens übertragen.

Erster Einsatz Oktober 2014

Ausgangssituation des Projektes

Die auf oder am Rande der Mülldeponie von Phnom Penh lebenden ca. 100 „Müllsammlerfamilien mit ihren Kindern“ leben in sehr einfachen und bildungsfernen Verhältnissen. Die Lebensrealität dieser Familien ist durch die exis-



tenzielle Absicherung des aktuellen Tages gekennzeichnet. Für gesunde und ausreichende Verpflegung, Hygiene, medizinische Versorgung, Erziehung und schulische Ausbildung ihrer Kinder bleibt, wenn überhaupt, nur ein sehr begrenzter Handlungsspielraum. Da die meisten Müllsammlerfamilien aus unterschiedlichen Wohnorten des Landes Kambodscha kommen, müssen sie auch in der Nähe der Müllhalde eine Schlaf- bzw. Unterkunftsmöglichkeit schaffen. Hierzu mieten sie sich entweder eine kleine Hütte oder ein Zelt in der unmittelbaren Nähe der oder auf der Müllhalde. So entstehen dadurch noch weitere Kosten für Miete zwischen 5 bis 10 US\$ im Monat. Um sich zu ernähren und die weiteren Kosten abdecken zu können, müssen alle Familienmitglieder, unabhängig vom Alter, bei der Müllsammlung und Mülltrennung auf der Deponie mitarbeiten. Nur so ist es möglich, einen Verdienst, der meist bei weniger als einem US Dollar pro Tag liegt, zu erwirtschaften. Staatliche Hilfen oder Hilfen anderer Einrichtungen sind keine vorhanden.

Hierdurch rekrutieren sich aus diesen Familien heraus immer wieder neue Armutsverhältnisse mit Menschen, denen der Zugang zu Bildungseinrichtungen nur schwer möglich ist und die ohne Hilfe kaum von sich aus in der Lage sind, diesen Kreislauf zu durchbrechen und damit ihre Lebenssituation zu verändern.

Genau an diesem Punkt setzt das Projekt „Vorschule und Kindergarten im CH - „Verbesserung der Lern- und Lebensbedingungen von Müllsammlerfamilien und Müllsammlerkindern der Deponie Phnom Penh“ durch die Schaffung, Bereitstellung und Inanspruchnahme eines Kindergartens mit Vorschule speziell für die Kinder der Müllsammlerfamilien an.

Arbeitsschwerpunkte, Einsatzumstände und Maßnahmen

In einem ersten Überblick zeigte sich, dass die vorhandene Planung für das oben aufgeführte Projekt in vielfältigen Punkten eine Konkretisierung notwendig machte, unvollständig war und die notwendigen Ressourcen materiell und personell noch nicht zur Verfügung standen. Ebenso war keine pädagogische Konzeption für das Kindergartenprojekt vorhanden und das vorhandene Personal auf eine solche Aufgabe noch nicht vorbereitet. Grundsätzlich hat das Personal wenige Kenntnisse in den Bereichen der allgemeinen Pädagogik, Vorschulpädagogik, Kindergartenausstattung, Gestaltung von Lern- und Spielbereichen, Teamentwicklung und Projektmanagement.

Im ersten Schritt wurde der bereits vorhandene Bauplan für den Kindergarten zwischen dem kambodschanischen Architekten, dem verantwortlichen kambodschanischen Direktor vor Ort und mir hinsichtlich seiner „pädagogischen Tauglichkeit“ überprüft und nach Alternativen gesucht. Auf dieser Grundlage wurde dann von dem Architekten ein neuer Bauplan erstellt, der bei der Umsetzung einer ständigen Überprüfung und einem ständigen Abgleich mit der realen Bauentwicklung unterzogen wurde (Evaluierungsmaßnahme, Projektcontrolling). Gleichzeitig wurde mit dem vorgesehenen Team für den Kindergarten und dem Direktor von CH und mir in mehreren Sitzungen die pädagogische Konzeption und notwendigen Standards für den Kindergarten und die Vorschule diskutiert und in einer vorläufigen Konzeption niedergeschrieben.

Ergänzend hierzu wurde für das

gesamte Team von CH von mir eine mehrtägige Schulung in den Themengebieten Didaktik, Methodik, Kommunikationsstrukturen, Feedback, Evaluation, Teambildung, effiziente Durchführung von Meetings und Projektmanagement vorgenommen.

Insgesamt wurde sehr schnell deutlich, dass im Rahmen der vorhandenen Einsatzzeit von vier Wochen und der vorgefundenen Problemstellungen und Aufgabenvielfalt Aufgaben nur sehr punktuell gelöst und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht im vorgesehenen Umfang qualifiziert werden konnten. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde zum einen ein permanenter Aus-



tausch zwischen dem SES-Experten und dem kambodschanischen Management auf der Grundlage einer To-Do-Liste und aktueller Probleme über digitale Medien vereinbart und zum anderen weitere Aufenthalte zur Schulung des Personals und zur Gesamtbetreuung des Projekts beim SES in Bonn beantragt. Hieraus entwickelten sich in dem Zeitraum Februar 2015 – Juli 2016 drei weitere Einsätze von jeweils 4 – 6 Wochen.

Zweiter Einsatz Februar 2015

Im Mittelpunkt dieses Einsatzes stand besonders die Schulung und Qualifizierung des zukünftigen

Personals des Kindergartens. Das Ergebnis dieser Schulungsmaßnahme war die Erstellung einer pädagogischen Konzeption und eines Bildungsplanes für den Kindergarten sowie die Qualifizierung der Erzieherinnen im Bereich „Kindergartenpädagogik“ und Didaktik.

Darüber hinaus wurde für das gesamte Team von CH eine mehrtägige Schulung zu dem Thema Konfliktmanagement und Verbesserung der Informationsstrukturen im Kindergarten vorgenommen. Einen weiteren Schwerpunkt dieser Schulung bildete der Aspekt der Kinderrekrutierung bzw. -aufnahme.



Notwendig war hierzu eine mehrfache Kontaktaufnahme zu den Müllsammel Familien, gezielte Besuche bei einzelnen Familien, mehrfache Einladung mit Verköstigung der Familien sowie die Entwicklung von verschiedenen Informationsmaterialien.

Dritter Einsatz September/Oktober 2015

Nach einer sechsmonatigen Bau- und Vorbereitungsphase konnte der Kindergarten, mit dem Namen SOMERSAULT, für die Kinder der Müllsammel Familien der Deponie Phnom Penh am 03. 08. 2015 eröffnet werden. Zu diesem Zeitpunkt waren 36 Kinder der

Müllsammel Familien im Alter von 4 bis 6 Jahren, davon 13 Mädchen, im Kindergarten registriert.

Ein besonders Bedürfnis des Kindergartenpersonals von CH in dieser Phase war zum einen die Optimierung und Strukturierung der Abläufe im Kindergarten und zum anderen, eine Qualifizierung im Themenbereich „Projekte im Kindergarten – Planung, Durchführung und Evaluation“ zu erhalten. Gemeinsam mit dem CH-Team wurde daher für die pädagogische Arbeit im Kindergarten eine organisatorische Grundstruktur mit unterschiedlichen Inhalten erarbeitet.

Im Mittelpunkt stand die Entwicklung von Projekten, deren Ausgangspunkt die Bedürfnisse und Interessen der Kinder sind. Zur Qualifizierung des CH-Teams für diese Thematik wurde daher ein Workshop mit theoretischen Grundlagen und praktischen Übungen durchgeführt. Besonders ausführlich behandelt, geschult und praktisch erprobt wurde hierbei der Aspekt Mind-Mapping als Methode zur Planung und Strukturierung von Projekten im Kindergarten.

Vierter Einsatz Juli 2016

Im Mittelpunkt dieser Schulung stand ein Seminar mit dem Ziel, das CH-Team in dem Bereich „Beobachtung und Dokumentation im Kindergarten“ zu qualifizieren.

Wie erfolgreich diese Qualifizierungsmaßnahme war, zeigt die verbindliche Einführung und Pflege eines „Dokumentationsbogen“ über die kindliche Entwicklung (sozial, emotional, kognitiv, sprachlich, hygienisch/gesundheitlich, motorisch). Dieser Bogen, der nun eine feste Größe in der Kindergartenarbeit darstellt, wird nicht nur als

Dokumentationsgrundlage für die individuelle und ganzheitliche Kindesentwicklung genutzt, sondern auch als Grundlage für den Übergang vom Kindergarten zur Schule und ggf. als Informationsbasis für mögliche spätere Patenschaften von deutschen Pateneltern. Dem Datenschutz wird hierbei selbstverständlich Rechnung getragen.

Nachhaltigkeit und andere Aspekte nach vier Einsätzen im Kindergarten SOMERSAULT von Phnom Penh

Insgesamt stellt der Kindergarten SOMERSAULT in seinem baulichen und pädagogischen Erscheinungsbild einen absoluten „Leuchtturm“ in der Kindergartenarbeit in Kambodscha dar. Auch im Sinne der Nachhaltigkeit sind sowohl die baulichen Maßnahmen als auch die pädagogische Ausrichtung und die damit verbundenen Arbeitsformen als sehr gelungen zu bezeichnen und werden von den Müllsammel Familien im hohen Maße akzeptiert und respektiert. Auch ist die Rekrutierung der Kinder sehr erfolgreich verlaufen und der Kindergarten erfreut sich nach wie vor großem Zuspruch und großer Akzeptanz. Darüber hinaus konnte ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der aktuellen Lebenssituation von vielen Kindern der Müllsammel Familien geleistet werden.

Am besten beschreiben die Aussagen der Eltern die Arbeit im Kindergarten. So wird von den Eltern immer wieder betont, dass durch den Kindergarten ihre Kinder „von der Mülldeponie weg sind“ und somit nicht mehr den unterschiedlichen Gefahren des Lebens an bzw. auf einer Mülldeponie ausgesetzt sind. Auch machen sie mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass sich die Entwicklung ihrer Kinder in vielfältiger Form positiv verändert hat. Folgende Bemerkungen bzw.

Aussagen waren auf Elternversammlungen bzw. in Gesprächen mit den Eltern immer wieder zu hören und sind mit Sicherheit ein guter Indikator für eine nachhaltige Arbeit:

- Das Sozialverhalten der Kinder hat sich deutlich verbessert. Sie sind offener, selbständiger, lebenslustiger und fröhlicher geworden. Sie haben mehr Selbstvertrauen und mehr Mut. Sie sind besser in der Lage, Konflikte ohne Gewalteinwirkung zu lösen.
- Das Hygieneverhalten der Kinder hat sich eminent verbessert. Vom Zähneputzen über Händewaschen bis hin zur Benutzung der Toiletten hat eine deutlich positive Veränderung stattgefunden.
- Durch die ausgewogene Ernährung und den regelmäßigen Mittagschlaf sind die Kinder gesünder und ausgeglichener geworden.
- Ein erstaunlicher Wissenszuwachs bei den Kindern, besonders hinsichtlich der heimischen Tier- und Pflanzenwelt, ist sichtbar geworden. Dies setzt sich auch grundsätzlich im Interessensverhalten der Kinder fort.
- Die Kinder in der Vorschule freuen sich auf die „Regelschule“ und haben eine deutliche Steigerung in ihrem Selbstbewusstsein sowie im Bereich Lebensfreude und sich etwas Zutrauen erhalten.

Tipps für einen (erfolgreichen) Arbeitseinsatz

Die im Folgenden dargestellten Tipps beruhen auf individuellen Erfahrungen und beziehen sich zunächst auf den angegebenen Kulturkreis. Gleichzeitig gehe ich davon aus, dass viele dieser Maßnahmen auf alle Einsätze unabhängig vom Kulturkreis übertragbar sind.

1. Sich mit den kulturellen Lern- und Lebensgewohnheiten des Gastlandes vertraut machen.
2. Nicht als „Besserwisser“, sondern auch als ein Lernender ankommen und auftreten und dies auch den Menschen vor Ort erfahrbar machen.
3. Sich auf einen langen Weg einstellen und mit den Menschen vor Ort auf Augenhöhe nach Lösungen und Änderungen suchen.
4. Methoden und Vorgehensweisen wählen, die sich an den Gewohnheiten und Erfahrungen der Menschen orientieren.
5. Klare Ziel- und Aufgabenbeschreibungen vornehmen, transparent machen und in vielfältiger Form visualisieren.
6. Positive Rückmeldungen geben und sich nicht bei Aufgaben- und Problemlösungen, die nicht die eigenen Erwartungen erfüllen, enttäuscht zeigen, sondern gemeinsam nach Veränderungs- und Lösungsalternativen suchen.
7. Beteiligung, Übernahme von Verantwortung, Feedback, selbstständiges Lösungsverhalten und Kritikfähigkeit fördern, fordern, unterstützen und durch die eigene Vorgehensweise erfahrbar und erlebbar machen.
8. Sich nicht von der Vorstellung täuschen lassen, dass das Dargestellte und Vermittelte und von den Teilnehmern scheinbar auch Akzeptierte und als gut Beurteilte, auch das ist, was nach der Abwesenheit des Experten umgesetzt wird. Hier auf den langen Weg und den Prozess vertrauen und kleine Schritte anerkennen.
9. Verantwortung übergeben, sich bewusst aus Prozessen zurückziehen, Umwege zulassen, Lösungen und Strategien von „innen heraus“ bevorzugen und unterstützen und den eigenen



Ausstieg vorbereiten.

10. Eine Beziehung zu den Menschen aufbauen, die über die Wissensvermittlung bzw. Qualifizierung hinausgeht. Sich der Inhalts- und Beziehungsebene klarwerden und sich verdeutlichen, dass eine nachhaltige Veränderung besonders über eine gute Beziehungsebene möglich ist.
11. Im umfassenden Sinn eine wertschätzende Kommunikation aufbauen. Nur so wird es zu einer gegenseitigen Akzeptanz und Bereitschaft zur Veränderung kommen.
12. Eine Vorgehensweise der Unmittelbarkeit bevorzugen. Nur wenn die Menschen sehr schnell erfahren, dass das Vermittelte/Gelernte auch einen realen Nutzwert/Mehrwert hat, werden sie es auch nachhaltig umsetzen und beibehalten.

Reinhard Witzel, StD i.R.



neue Publikationen

Staat im Ausverkauf Privatisierung in Deutschland von Prof. Tim Engartner

Marode Schulen und Krankenhäuser, explodierende Mieten in städtischen Zentren, steigende Preise für Wasser, Gas und Strom, geschlossene Filialen der Deutschen Post - dies alles geht auch auf den großen Ausverkauf der öffentlichen Hand zurück, der in Deutschland während der Kanzlerschaft Helmut Kohls einsetzte. In der Überzeugung, dass Privatisierungen Dienstleistungen besser, billiger und bürgernäher machen, schüttelt „Vater Staat“ bis heute immer mehr Aufgaben ab - wie ein Baum seine Blätter im Herbst. Anhand besonders eindrücklicher Beispiele analysiert Tim Engartner in sieben Kapiteln - Bildung, Verkehr, Militär, Post und Telekommunikation, soziale Sicherung, Gesundheit und kommunale Versorgung - die



Privatisierungen in Deutschland und ordnet sie in internationale Zusammenhänge ein. Sein Weckruf zeigt: Diese Politik, die von allen regierenden Parteien betrieben wurde und immer noch wird, ist nicht alternativlos.

ISBN 978-3-593-50612-8

Das Übel der (schulischen) Bildung ist die Politik! Plädoyer für die berufliche Bildung

von Dr. Hans Jürgen Berg

Dieses Buch wendet sich an den bildungspolitisch Interessierten ebenso wie an diejenigen, die sich mit dem umfassenden beruflichen Bildungssystem in Deutschland auseinandersetzen wollen. Es behandelt die Frage, was das berufliche Bildungssystem wie und über welchen Qualifizierungsweg er-



möglicht, da das System nahezu zu jedem Abschluss eine Anschlussqualifizierung bietet.

Es werden notwendige bildungspolitische Maßnahmen vorgestellt, die richtungsweisend für Entscheidungen sowohl bildungspolitischer wie auch schuladministrativer Art sein könnten. Veränderungsnotwendigkeiten einer Bildungslandschaft werden verdeutlicht, die nicht Opfer einer politisch bedingten Dauerreformiererei, sondern endlich verantwortlich gestaltet werden sollten.

ISBN 978-3-7345-3030-2

Vom Streifenhörnchen zum Nadelstreifen

Das deutsche Bildungswesen im Kompetenztaumel

von Prof. Hans Peter Klein

Dem Autor zufolge haben seit der Jahrtausendwende international agierende Großkonzerne in Kooperation mit internationalen politischen Verbänden und Stiftungen selbstverständlichen demokratischen Gepflogenheiten ein abruptes Ende bereitet. Sie betrieben



weltweit im Bildungssektor einen zuweilen offenen, teilweise auch subtilen ökonomischen Bildungskolonialismus. Nationale Bildungssysteme würden nach einem neoliberalen Credo umgestaltet. Insbesondere das deutsche Bildungswesen würde wegen seiner gerade nicht auf Nützlichkeit zielenden Ausrichtung als antiquiert und in einer globalisierten Welt für nicht mehr tragfähig befunden. Gleiches gälte für die duale Ausbildung. Er bestreitet, dass die von der Politik bejubelte wundersame Vermehrung aller möglichen Bildungsabschlüsse mit immer besseren Noten durch gestiegene Bildungsstandards oder die eingeführte Kompetenzorientierung eingetreten ist.

ISBN 978-3-86674-537-7

AUSBILDUNGSMARKT 2016 – LOB UND KRITIK

Alle Jahre wieder: Bundesregierung, BIBB und Arbeitsagentur klopfen sich auf die Schulter ob der aus ihrer Sicht positiven Ausbildungsmarktlage und beklagen, dass 43.500 Ausbildungsplätze unbesetzt blieben. Die Gewerkschaften halten dem entgegen, dass deutlich mehr junge Menschen eine Ausbildung suchen als offiziell ausgewiesen und kritisieren, dass inzwischen nur noch rund 20 Prozent der Betriebe ausbilden. Auszüge aus den vorliegenden Pressemitteilungen.

Stabiler Ausbildungsmarkt

BIBB-PM 51 - 14.12.2016

Ein stabiles Ausbildungsangebot, eine leicht sinkende Nachfrage, erneut mehr unbesetzte Ausbildungsstellen und infolgedessen eine leicht gesunkene Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge - dies sind zentrale Ergebnisse der Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016. Sie basieren auf der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September sowie auf der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Insgesamt wurden zum Stichtag 563.800 Ausbildungsstellen angeboten. Das Ausbildungsplatzangebot blieb damit im Vergleich zum Vorjahr stabil (+60 beziehungsweise $\pm 0,0$ Prozent). Die Betriebe in Deutschland stellten mit 546.300 etwas mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung als im Vorjahr (+1.400 beziehungsweise +0,3 Prozent), das außerbetriebliche Angebot wurde nochmals zurückgefahren. Die Nachfrage nach Ausbildungsstellen verringerte sich im Vorjahresvergleich leicht um 2.300 auf 600.900 (-0,4 Prozent).

Wie bereits in den Vorjahren nahmen jedoch die Schwierigkeiten zu, die Ausbildungsangebote der

Betriebe und die Nachfrage der Jugendlichen zusammenzuführen. 2016 blieben insgesamt 43.500 betriebliche Ausbildungsangebote unbesetzt.

So lag die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2016 bei 520.300. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 1.800 beziehungsweise 0,4 Prozent. Dabei blieb die Zahl der betrieblichen Verträge mit 502.800 nahezu konstant (-500 beziehungsweise -0,1 Prozent). Die Zahl der außerbetrieblichen Verträge sank dagegen um 1.300 beziehungsweise 7,0 Prozent auf 17.600.

Weitere Informationen, Statistiken, Tabellen und Grafiken zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2016 unter www.bibb.de/ausbildungsmarkt201

Vertragszahlen schrumpfen, Ausbildungsmarkt unter Spannung

DGB-PM 132 - 14.12.2016

Der Ausbildungsmarkt steht weiter unter Spannung. Zwar ist es auch im zweiten Jahr der Allianz für Aus- und Weiterbildung gelungen, den jahrelangen drastischen Sinkflug der betrieblichen Ausbildungsverträge leicht zu bremsen. Dennoch suchen rund 80.600 Jugendliche akut einen Ausbildungsplatz, die von der Bundesagentur für Arbeit als ausbildungsreif eingestuft wurden. Ihnen

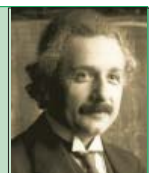
stehen nur 43.600 offene Plätze gegenüber. Vor allem jungen Hauptschülern gelingt immer seltener der direkte Sprung von der Schule in Ausbildung. Eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt steht noch aus.

Die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft wachsen, wenn eine konstant hohe Zahl von Jugendlichen den Sprung in Ausbildung nicht schafft und gleichzeitig eine wachsende Zahl an betrieblichen Ausbildungsplätzen offen bleibt.

Die Brüche auf dem Ausbildungsmarkt könnten im kommenden Jahr zunehmen, wenn mehr Geflüchtete aus den Sprachkursen und Vorbereitungsklassen auf den Ausbildungsmarkt kommen. Wir brauchen deshalb mehr betriebliche Ausbildungsplätze, die Bundesregierung muss zudem die Assistierte Ausbildung ausweiten. Wir werden in den künftigen Jahren nicht umhin kommen, gerade in Regionen mit einem angespannten Ausbildungsmarkt auch außerbetriebliche Ausbildung anzubieten.

Grundsätzlich gilt: Die duale Ausbildung bleibt attraktiv. Insgesamt 803.600 ausbildungsreife junge Menschen haben sich als Bewerber registrieren lassen. Von ihnen schafften nur 64,7 Prozent den Sprung in die Ausbildung. Die Betriebe haben es folglich selbst in der Hand, mehr junge Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen.

Wenn die meisten sich schon **armseliger Kleider und Möbel schämen, wie viel mehr sollten wir uns da erst **armseliger** Ideen und Weltanschauungen schämen. *Albert Einstein***



DIGITALISIERUNG UND ARBEITNEHMERBELANGE

PM Böckler-Stiftung 28.10.2016

Die Arbeitswelt verändert sich rasant, alles wird digital und vernetzt. Was bedeutet das für die Beschäftigten? Fachleute der Hans-Böckler-Stiftung beantworten in einer aktuellen Analyse die wichtigsten Fragen.*

Worum geht es bei Digitalisierung und Arbeiten 4.0?

Rechner sind in den vergangenen Jahren durch hochentwickelte Prozessoren schneller geworden. Mehr Daten können zu geringeren Kosten gespeichert und für neue

Fabrik, Handel bis hin zum Endkunden - direkt miteinander verbunden sein. Neue Verfahren wie 3D-Druck machen herkömmliche Fertigungsmethoden überflüssig.

In der Fabrik der Zukunft arbeiten Roboter fast ohne Zutun des Menschen. Dieser Wandel wird massive Folgen für Beschäftigte und Unternehmen haben, zeigt die Analyse der Forscherinnen und Forscher der Hans-Böckler-Stiftung auf. Vor allem in der Logistik, bei Banken und Versicherungen, in der Medienbranche und im Handel bekommen Beschäftigte den Umbruch bereits jetzt zu spüren.

Wird die Digitalisierung Arbeitsplätze vernichten?

Die Befürchtung, dass Menschen durch Maschinen ersetzt werden und massenhaft Arbeitsplätze verloren gehen, ist weit verbreitet. Häufig wird eine Studie der US-Forscher Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne zitiert, wonach jeder zweite Arbeitsplatz gefährdet sein soll. Allerdings berechnen die Wissenschaftler selbst gar keine Beschäftigungseffekte, sondern sprechen nur von einer „Automatisierungswahrscheinlichkeit“ bestimmter Berufe. Für Deutschland zeigen verschiedene Studien, dass technologischer Fortschritt nicht zwangsläufig zu steigender Arbeitslosigkeit führt. Letztendlich könnte der Bedarf nach Arbeitskräften sogar steigen. Gleichwohl dürfte es zu erheblichen Verschiebungen kom-

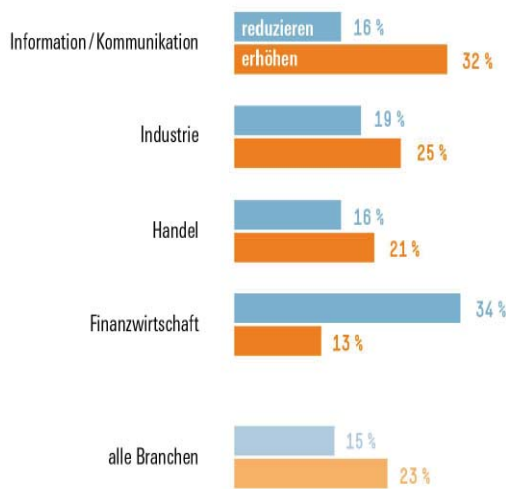
men: Vor allem einfache Arbeiten werden wegfallen. Demgegenüber könnten neue Arbeitsplätze in Bereichen entstehen, die eine höhere Qualifikation erfordern, etwa in der Programmierung und Überwachung von Maschinen.

Wird das Arbeiten flexibler? Und wem nutzt das?

Dank digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien könnte es selbstverständlich werden, dass Beschäftigte zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten arbeiten - das könnte die Präsenzkultur in den Betrieben aufbrechen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben würde dadurch im besten Fall leichter. Dies wäre ein großer Fortschritt für Frauen, die die Hauptlast der Kindererziehung tragen, und für Männer, die sich mehr

Industrie baut auf, Banken ab

Nach Meinung von Unternehmen wird die zunehmende Digitalisierung die Zahl der Mitarbeiter in der Branche ...



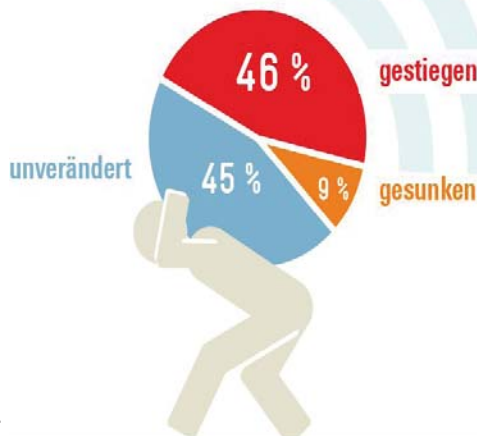
Umfrage im November 2014 unter 1.849 Unternehmen
Quelle: DIHK 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0522

Hans Böckler
Stiftung

Geschäftsmodelle genutzt werden. Die Bandbreite der Datenübertragung hat sich vervielfacht. Mittels mobiler Geräte wie Smartphones und Tablets ist es möglich, von überall auf Informationen zuzugreifen. Durch engere Vernetzung verändern sich Wertschöpfungsketten: Künftig könnten alle - vom Rohstofflieferanten über Zulieferer,

Mehrbelastung durch Technik

Nach Meinung von Beschäftigten ist die Arbeitsbelastung durch die Digitalisierung ...



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2016
Grafik zum Download: bit.do/impuls0524

Hans Böckler
Stiftung

Zeit für die Familie wünschen. Denkbar ist allerdings auch ein anderes Szenario: Im schlechtesten Fall gibt

es für Beschäftigte kaum noch ein Leben außerhalb der Arbeit. Menschen könnten sich verpflichtet fühlen oder dazu verpflichtet werden, nach Dienstschluss und am Wochenende zu arbeiten - jederzeit erreichbar, ständig unter Druck.

Damit die neue Flexibilität den Beschäftigten nicht nur Nachteile bringt, sind klare Regeln nötig: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die am Nachmittag früher gehen, um die Kinder von der Kita abzuholen, oder die zu Hause arbeiten, weil das Kind krank ist, sollen keine Nachteile für die Karriere befürchten müssen. Außerdem sollten Beschäftigte ihre Arbeitszeit je nach Lebensphase anpassen können. Wer seine Arbeitszeit verkürzt, etwa um Sorgearbeit zu leisten, sollte das Anrecht haben, später auf Vollzeit zurückzukehren.

Wie wird die Gesundheit der Beschäftigten geschützt?

Einerseits wird die Arbeit durch unterstützende Robotik oder Software leichter. Es entstehen größere Freiheiten, weil die Beschäftigten über das Internet an jedem Ort und zu jeder Zeit arbeiten können. Andererseits werden die Arbeitsinhalte komplexer und die Anforderungen

steigen. Der Arbeitsschutz muss an diese veränderten Bedingungen angepasst werden. Gefragt sind Regeln, die sowohl den Wunsch nach höherer Arbeitsautonomie als auch die Gefahr wachsender Selbstausbeutung berücksichtigen. Bei der Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen besteht noch großer Nachholbedarf - besonders wenn es um die Beurteilung psychischer Belastungen geht. Um die Gesundheit der Beschäftigten besser zu schützen, könnten Themen wie Arbeitszeit, mobiles Arbeiten oder ein Recht auf Nichterreichbarkeit nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch spezielle tarifliche Vorgaben - zum Beispiel einem Gesundheitstarifvertrag - oder durch Betriebsvereinbarungen geregelt werden.

Welche rechtlichen Änderungen sind notwendig?

Die fortschreitende Digitalisierung stellt das Arbeits- und Sozialrecht in Deutschland vor neue Herausforderungen. Traditionelle Begriffe wie Arbeitnehmer und Betrieb verschwimmen. Arbeitsorte und Arbeitszeiten lassen sich nur noch schwer abgrenzen. Es entstehen neue, teilweise prekäre Beschäftigungsformen wie Crowdfunding, bei dem in der Regel Soloselbständige ihre

Dienste über das Internet anbieten. Auch diese Menschen müssen durch das Arbeitsrecht geschützt und in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden. Sinnvoll wären auch Mindestlöhne für Selbständige, insbesondere für arbeitnehmerähnliche Personen und andere Soloselbständige, sowie eine uneingeschränkte Einbeziehung in die Sozialversicherungspflicht, konstatieren die Autoren.

Vor welchen Herausforderungen steht die Mitbestimmung?

Die Arbeitswelt verändert sich so rasant, dass der Einzelne damit schnell überfordert ist. Umso wichtiger ist es, dass sich Beschäftigte organisieren und ihr Recht auf Mitbestimmung ausüben. Gemeinsam mit ihren Interessenvertretern sollten sie sich so früh wie möglich dafür einsetzen, den bevorstehenden Wandel zu gestalten. Nicht zuletzt geht es um mehr Selbstbestimmung und Souveränität in der eigenen Arbeit. Neben schutzgebenden Gesetzen sind eine funktionierende gestaltende Tarifpolitik und handlungsfähige Betriebsräte notwendig. Gerade zum mobilen Arbeiten und zum Datenschutz schließen Betriebsräte aktuell viele neue Vereinbarungen ab. Weitere Handlungsfelder sind: flexible Arbeitszeit, Aus- und Weiterbildung, Gesundheitsschutz, Arbeitsorganisation sowie Beschäftigungssicherung.

**Nadine Absenger, Elke Ahlers, Alexander Herzog-Stein, Yvonne Lott, Manuela Maschke, Marc Schietinger:*

Digitalisierung der Arbeitswelt!?
Ein Report aus der Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungsreport Nr. 24. Download:

http://www.boeckler.de/pdf/p_mbf_report_2016_24.pdf

Infografiken im Böckler Impuls:
http://boeckler.de/67713_67721.htm

Topthema Datenschutz

Von allen mitbestimmten Betrieben haben eine Betriebsvereinbarung zu ...



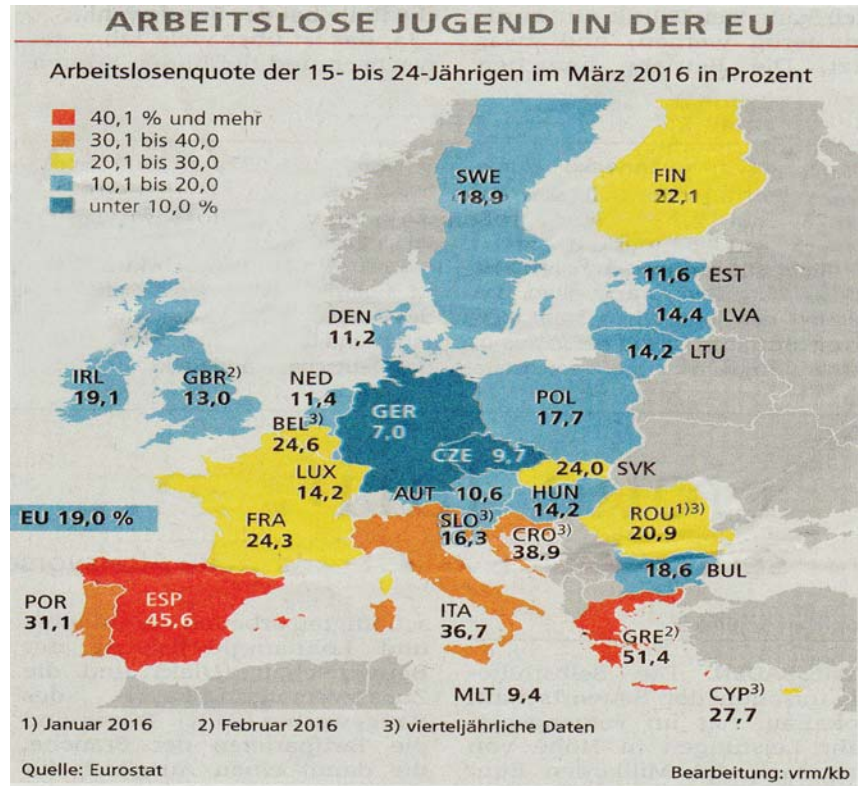
Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2015 Grafik bit.do/impuls0525

Hans Böckler Stiftung

SPRENGSATZ JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT

Deutschland hat europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosenquote. Das ist die gute Nachricht. In den Dauer-Krisenländern Italien und Griechenland, aber auch in Spanien und Portugal ist im Schnitt dagegen jedes dritte Kind beziehungsweise Jugendliche von Armut bedroht. Das ist die schlechte Nachricht. Besonders dramatisch ist, dass viele Jugendliche dort keine Ausbildung finden und damit auch von jeder Chance auf sozialen Aufstieg abgeschnitten sind. Hier wächst eine „Verlorene Generation“ heran. Die Perspektivlosigkeit vor allem im Süden Europas wird zum sozialen Sprengsatz. Wer zum Zuschauen verdammt ist und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird, ist leicht empfänglich für die populistischen Versprechen wilder Demagogen. Gesellschaftliche Umbrüche im Süden werden in einer Europäischen Union mit Sicherheit auch den Norden und damit Deutschland betreffen.

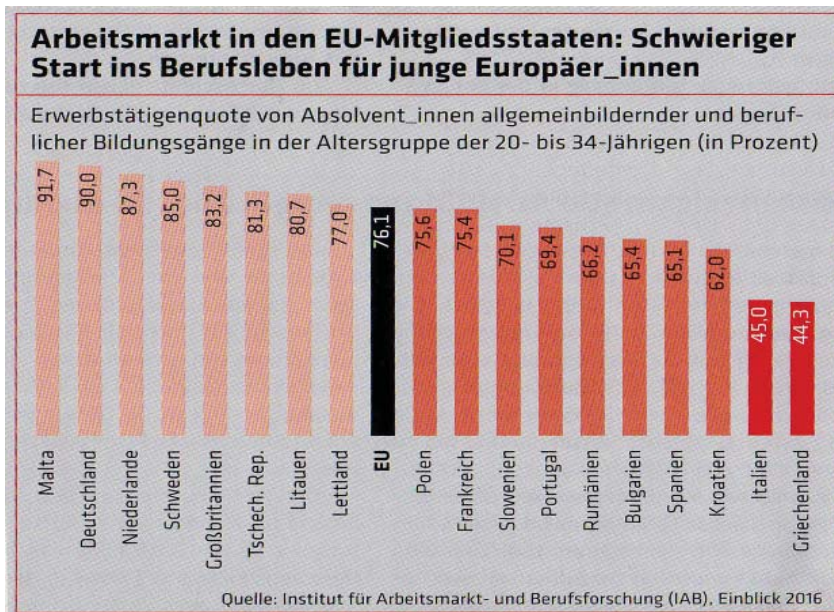
Zweites besorgniserregendes Er-



gebnis der Bertelsmann-Studie ist, dass die Zahl der Menschen weiter steigt, die zwar voll erwerbstätig, aber dennoch von Armut bedroht sind. Ein Vollzeitjob muss Einkommen und Auskommen sichern. Ein

Grund ist die Spaltung der Arbeitsmärkte in reguläre und atypische Beschäftigung wie Auftragsarbeiten, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit oder Teilzeitbeschäftigung. Die Autoren der Studie warnen zu Recht davor, dass ein steigender Anteil von Menschen, die dauerhaft nicht von ihrer Arbeit leben können, die Legitimität der Gesellschaftsordnung untergräbt. Auch das ist ein Nährboden für populistische Heilsversprechen.

Die Bertelsmann-Stiftung „Social Justice Index“ liefert mit ihrer seit 2014 jährlich verfassten Studie mit Hilfe eines Index Vergleichszahlen der 28 EU-Länder. Dabei werden 35 Kriterien aus den Bereichen Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit oder Generationengerechtigkeit aufgeschlüsselt



GRENZENLOS – GLOBALES LERNEN IN DER BERUFLICHEN BILDUNG!

„Grenzenlos – Globales Lernen in der beruflichen Bildung“ ist ein **Abrufangebot für Lehrkräfte**, die in der beruflichen Bildung tätig sind. Grenzenlos bietet an, dass Expert/-innen berufsbezogen und auf das Unterrichtsfach angepasst zu Themen des Globalen Lernens unterrichten. Globales Lernen in der beruflichen Bildung zeigt mit Methoden wie Planspielen und Stationenlernen und unter Verwendung visueller Medien auf, inwiefern Menschen, berufliche Tätigkeiten und Produkte zunehmend miteinander verflochten und



voneinander abhängig sind. Globales Lernen bietet zudem Ansätze, wie in Betrieben und Produktionsstätten zukünftig verantwortungsvoll und nachhaltig gehandelt werden kann. Es werden Fragen diskutiert, wie:

- „Was hat mein Handy denn mit dem Kongo zu tun?“;
- „Woher kommt das Holz eigentlich, das wir verarbeiten?“ oder
- „Was heißt hier fair?“

Das Besondere an Grenzenlos: die Expert/-innen sind Studierende, die selbst aus dem Globalen Süden, aus Afrika, Asien und Lateinamerika kommen. Sie bieten ihre Expertise fachübergreifend oder auch im Fremdsprachenunterricht (Franz., Engl., Span.) an und gestalten nach Bedarf Unterrichtsstunden, Projektstage oder Projektwochen.

Das Projekt „Grenzenlos – Globales Lernen in der beruflichen Bildung“ startet in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland und ab 2017 in Baden-Württemberg und in Brandenburg.

Grenzenlos ist ein Projekt des World University Service (WUS) e. V. und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und den beteiligten Ländern gefördert.



Informationen und Anmeldung

Mehr zu „Grenzenlos – Globales Lernen in der beruflichen Bildung“ gibt es auf der Internetseite des World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V. Dort kann man sich auch direkt anmelden: www.wusgermany.de/de/auslaenderstudium/grenzenlos/grenzenlos-seminare.

Ansprechpartnerin ist

Dr. Julia Boger, [boger\(at\)wusgermany.de](mailto:boger(at)wusgermany.de), 0611-9446051.



DIGITALPAKT#D – PRO UND CONTRA

Am 12. Oktober 2016 stellte Bundesbildungsministerin Wanka stolz eine „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ vor, welche Deutschland in der „Digitalen Bildung“ einen „Sprung nach vorn“ verschaffen soll. Wir dokumentieren in Auszügen die Pressemitteilung des BMBF.

Dagegen setzt Prof. Lankau von der Hochschule Offenburg den Aufruf des „Trojaners“. Hierzu erhebt Ralf Becker Widerspruch. GEW und DGB schließlich verweisen auf die Notwendigkeit eines umfassenden Sanierungs- und Modernisierungsprogramms für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen sowie pädagogischer Debatten um Chancen und Risiken der Digitalisierung.

Sprung nach vorn in der digitalen Bildung – Auszüge

-BMBF-PM 12.10.2016

Den digitalen Wandel in der Bildung vorantreiben - das ist das Ziel der „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“, die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka heute in Berlin vorstellte.

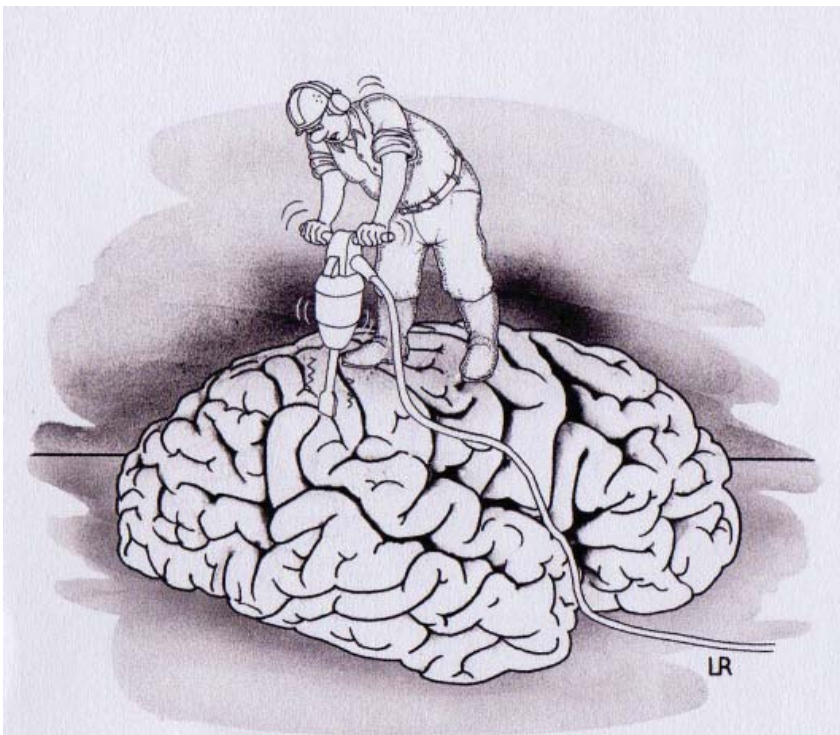
„Zu guter Bildung im 21. Jahrhundert gehören IT-Kenntnisse und der souveräne Umgang mit der Technik und den Risiken digitaler Kommunikation ebenso wie das Lernen mittels der vielen neuen

dienen, nicht umgekehrt.“

Um die Schulen in Deutschland flächendeckend in die Lage zu versetzen, digitale Bildung zu vermitteln, schlägt das BMBF einen DigitalPakt#D mit den Ländern vor. Das BMBF bietet demnach an, über einen Zeitraum von fünf Jahren mit rund fünf Milliarden Euro die rund 40.000 Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung wie Breitbandanbindung, W-LAN und Geräten zu versorgen. Im Gegenzug sollen sich die Länder verpflichten, die entsprechenden pädagogischen Konzepte, die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie gemeinsame technische Standards umzusetzen.

„Digitale Bildung zu realisieren ist eine entscheidende Zukunftsaufgabe, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen. Mit dem DigitalPakt#D liegt ein konkreter Vorschlag des BMBF auf dem Tisch, der die Schulen schnell, umfassend und pragmatisch mit den richtigen Werkzeugen für die digitale Bildung ausstatten kann“ sagte Wanka.

Mehr Informationen: <http://www.bmbf.de:8001/de/bildung-digital-3406.html>



Die Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zeigt Chancen und Handlungsfelder auf, die der digitale Wandel für alle Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung über Schule, berufliche Bildung und Hochschule bis zur Weiterbildung bietet.

Möglichkeiten digitaler Medien. Wir müssen bei der digitalen Bildung einen großen Sprung nach vorn machen. Diese Entwicklung wird das Bundesbildungsministerium mit seiner neuen Strategie vorantreiben und mitgestalten“, sagte Wanka. „Zentral für den Erfolg digitaler Bildung ist die Pädagogik - digitale Technik muss guter Bildung

Trojaner aus Berlin: Der „Digitalpakt#D“ – Auszüge

Im Oktober 2016 hat Bundesbildungsministerin Johanna Wanka einen Digitalpakt angekündigt. 40.000 Schulen in Deutschland sollen in den nächsten fünf Jahren mit Computern und WLAN ausgestattet werden. Der Bund stelle dafür bis 2021 fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Was positiv klingt – 5 Milliarden Euro für Schulen – erweist sich als trojanisches Pferd.

Die Kosten für Hardware

Zum Mitrechnen: 5 Mrd. Euro geteilt durch 40.000 Schulen, verteilt über 5 Jahre sind ca. 25.000 Euro pro Schule und Jahr. Die tatsächlichen Kosten für benötigte Hardware liegen um ein vielfaches höher. In einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung hat Andreas Breiter (Uni Bremen) zwei Szenarien berechnet.

Beim ersten Szenario teilen sich fünf Schüler/innen einen Computer. Dabei entstehen für eine Schule durchschnittlicher Größe (750 Schüler) Kosten zwischen 70.000 Euro und 136.000 Euro pro Jahr. Soll jede Schülerin bzw. jeder Schüler ein eigenes Gerät bekommen, liegen die Kosten bereits zwischen 240.000 und knapp 350.000 Euro pro Jahr und Schule. Bundesweit entstehen so Kosten von 538 Mio. bis zu 2,62 Mrd. Euro pro Jahr, nur für Hardware.

Darin sind weder die Kosten für Techniker und Updates oder Softwarelizenzen eingerechnet. Es sind weder Räume geheizt noch Lehrkräfte für den Einsatz ausgebildet oder bezahlt. Nebenbei bürdet man den Ländern ein Vielfaches an Folgekosten für Techniker, Instandhaltung, Updates, Softwarelizenzen auf und greift damit indirekt auf Landesmittel zu.

Klientelpolitik statt Bildungsförderung

Frau Wanka unterstellt, dass Computer und IT „das richtige Werkzeug für gute Bildung im 21. Jahrhundert“ seien. Wie sie zu dem Ergebnis kommt, bleibt ihr Geheimnis. Es gibt keine wissenschaftlich valide Studie, die den Nutzen von Digitaltechnik im Unterricht belegen könnte. Alle bekannten Studien zeigen vielmehr das Gegenteil, zuletzt die OECD-Studie „Students, Computers and Learning“. Zitat: „Die verstärkte Nutzung digitaler Medien führt offensichtlich nicht per se zu besseren Schülerleistungen. Vielmehr kommt es auf die Lehrperson an.“ In der gleichen OECD-Studie steht, wie man Schüler/innen sinnvoll fördert, wenn man Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit stärken will: durch die „Förderung von Grundkenntnissen in Rechnen und Schreiben“. Das trage mehr zur „Angleichung von Bildungschancen bei als die Ausweitung und Subventionierung von Zugang zu High-Tech Geräten und Dienstleistungen“, so die OECD.

Entwertung der Lehrkräfte

Im „Gegenzug für die finanzielle Unterstützung“ werden Zugeständnisse eingefordert, die einen massiven Eingriff in das Berufsbild und das Selbstverständnis des Unterrichtens bedeuten. Lehrerinnen und Lehrer sollen z.B. für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht ausgebildet werden. Das verkürzt auf digitale statt allgemein „Medien im Unterricht“. Zugleich wird Digital- als Medientechnik im Unterricht verpflichtend vorgeschrieben, was ein direkter Eingriff in die Lehr- und Methodenfreiheit der Lehrenden ist. Es wird dabei weder nach Alter, Schulformen noch Lehrinhalten differenziert, was aus

pädagogischer wie entwicklungs- oder lernpsychologischer Sicht nur defizitär zu nennen ist. Die Aufgabe, Konzepte für einen „digitalen Unterricht“ zu entwickeln, verkennt bereits im Grundsatz, dass es weder „digitalen Unterricht“ noch „digitale Bildung“ gibt. Der Begriff Unterricht verweist zwingend auf Lehrende und Lernende. Bildung ist zwingend an eine Person gebunden, nicht an technische Speicherformate. Wer die Einigung auf gemeinsame technische Standards und die Wartung bzw. den Betrieb der digitalen Infrastruktur ins Pflichtenheft der Lehrerinnen und Lehrer schreibt, verkennt die Komplexität der Aufgabe.

Lernfabrik 4.0 Behaviorismus statt Bildung

Der „Digitalpakt#D“ ist Teil einer Neudefinition von Schule und Unterricht auf dem Weg zu einer zunehmend vollautomatisierten, digital gesteuerten „Lernfabrik 4.0“. Lehrkräfte werden zu Sozialcoaches und Lernbegleitern degradiert. Statt Unterricht ist die automatisierte Belehrung durch Computerprogramme und Sprachsysteme das Ziel. Diese Konzepte kommen nicht aus der Pädagogik, sondern aus der Kybernetik und dem Behaviorismus. Die Konzepte sind nicht neu, es ist das „programmierte Lernen“ der 1960er Jahre, nur mit aktueller Rechner- und Big Data Mining als Kontroll- und Steuerungsinstanz im Hintergrund.

Sieben Forderungen

1. Schulen und Hochschulen in Deutschland sind Bildungseinrichtungen in humanistischer und demokratischer Tradition. Sie sind vom Menschen her zu denken, nicht von technischen Systemen und deren Entwick-

- lungszyklen. Nötig sind mehr Lehrkräfte, Mentoren, Tutoren, nicht Hardware.
2. Medien und Medientechnik im Unterricht sind Werkzeuge im pädagogischen bzw. (fach-) didaktischen Kontext. Es sind mögliche Hilfsmittel, um Unterricht und Lernen zu unterstützen. Über den sinnvollen Einsatz von Lehrmedien entscheiden Lehrkräfte aufgrund ihrer Ausbildung und gemäß dem Grundrecht der Lehr- und Methodenfreiheit selbst.
 3. Weder Lehrkräfte noch Schülerinnen oder Schüler dürfen verpflichtet werden, Geräte der Medien- bzw. Unterhaltungselektronik wie Tablets, Smartphones u.ä. im Unterricht einzusetzen. Jedes Kind muss ohne Nutzung elektronischer Geräte am Unterricht teilnehmen und Hausaufgaben machen können,

- ohne benachteiligt zu werden.
4. Daten von und zwischen Schulen und Schülern dürfen weder aufgezeichnet noch für Lernprofile ausgewertet werden. Schülerinnen und Schüler sind juristisch minderjährige Schutzbefohlene, deren Daten nach deutschem Recht geschützt werden müssen.
 5. Bildschirmmedien sind aus Sicht von Kinderärzten, Kognitionswissenschaftlern, Vertretern der Medienwirkungsforschung und der Pädagogik in den ersten Schuljahren nicht lernförderlich. Daher müssen KiTas und Grundschulen in der direkten pädagogischen Arbeit IT-frei bleiben.
 6. Die entscheidende Medienkompetenz für Bildungschancen wie –gerechtigkeit sind die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Investitionen in diese Kulturtechniken und eine

- intensive Leseförderung ist für Bildungsbiografien nachhaltig und emanzipatorisch.
7. Medientechnik im Unterricht ist immer aus pädagogischer Perspektive zu befragen und zu beurteilen: ob und ggf. wann sie altersangemessen eingesetzt werden kann, nicht muss.

P.S. Die Frage der Digitalisierung stellt sich bei berufsbildenden Schulen anders.

Auszubildende sind junge Erwachsene, denen ein höheres Maß an Medienmündigkeit zugetraut und zugemutet werden kann. Diese Schulen müssen technologisch auf dem neuesten Stand sein, um berufsqualifizierend und praxisnah ausbilden zu können.

Prof. Dr. R. Lankau, Fakultät M+I, Hochschule Offenburg, 02.11.2016

Diesen Aufruf haben inzwischen eine Vielzahl von Wissenschaftler*innen aus Erziehungswissenschaft, Berufspädagogik und Medienwissenschaften unterzeichnet.

W i d e r s p r u c h !

Vieles vom dem, was in dem Papier von Prof. Lankau steht, finde ich richtig. Bei den 7 Forderungen im Papier habe ich allerdings einige Widerworte.

Natürlich brauchen wir in Bildungseinrichtungen mehr Lehrkräfte, Mentoren und Tutoren. Wir brauchen aber auch aktuelle Hardware und Lehrkräfte, die geschult sind, damit umzugehen.

Geräte der Medien- und Unterhaltungselektronik, wie Tablets oder Smartphones, werden in der zukünftigen Welt der SuS eine große Rolle spielen. Dann muss Schule, wenn sie aufs Leben vorbereiten soll, auch mit diesen Medien arbeiten.

Die Kinder wachsen mit Bildschirmen, Tablets und Smartphones

auf. Ob die Verbannung aus den ersten Lernjahren der richtige Weg ist, frage ich mich. Ob Bildschirmmedien in den ersten Schuljahren nicht lernförderlich sind, ist wissenschaftlich nicht belegt, auch wenn dies Spitzer und co. immer wieder behaupten. Belegt ist, dass die häufige Nutzung von Bildschirmmedien das Gehirn verändert. Ob diese Änderungen lernförderlich sind oder nicht hängt von der Art des Lernens ab, also von der Didaktik. Hinzu kommt, dass Tablets und Smartphones interaktiv arbeiten können und keine reinen Bildschirmmedien sind.

Die Behauptung, dass „die entscheidende Medienkompetenz für Bildungschancen wie –gerechtigkeit die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen“ sind und

dass „Investitionen in diese Kulturtechniken und eine intensive Leseförderung für Bildungsbiografien nachhaltig und emanzipatorisch“ sind, kommt einer Reduktion des Bildungsauftrags auf die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen gleich. Dies hat mich bei den 7 Forderungen am meisten geärgert.

Dass dann die berufliche Bildung lediglich in einem PS erwähnt wird und dort das Gegenteil von dem gefordert wird, was für die Allgemeinbildung gelten soll, hat wenig mit Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung zu tun. Lebens- und praxisnahe (Aus-) Bildung wäre in den allgemeinbildenden Schulen auch notwendig.

Ralf Becker

GEW und DGB zum „Digitalpakt“ - Auszüge

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe machte deutlich, dass dieser Pakt nur einen Teil der Infrastrukturmodernisierung an den Schulen des Landes abdecke. „Die Schulen brauchen dringend den Anschluss an das digitale Zeitalter. Aber was nützt uns die Breitbandverbindung, wenn der Putz von den Decken und Wänden der Klassenzimmer bröckelt“, sagte Tepe. Der Sanierungsstau betrage rund 34 Milliarden Euro. Dieser könne nur durch eine gemeinsame finanzielle Anstrengung von Bund und Ländern mit einem Zehn-Jahres-Programm aufgelöst werden. Tepe machte darauf aufmerksam,

dass digitale Kompetenzen nur erworben werden könnten, wenn sich die Schülerinnen und Schüler „sicher in der analogen Welt bewegen“. Dazu gehörten gute Kenntnisse sinnerfassenden Lesens sowie im Rechnen und Schreiben.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack erklärte: „Bund und Länder sollten ein Gesamtpaket aus Schulsanierung, Schulsozialarbeit und digitaler Ausstattung schnüren. Dabei darf es nicht nur um die Ausstattung mit WLAN und Tablets gehen. Notwendig ist auch eine pädagogische Debatte um Chancen und Risiken

der Digitalisierung. Die Schülerinnen und Schüler müssen auch über die Gefahren des Netzes aufgeklärt werden. Dazu zählen zum Beispiel Internetsucht, Cybermobbing oder Cybergrooming.“

PM 12.10. und 16.11. 2016

Auf der Homepage des Bundesbildungsministeriums sind unter www.bmbf.de auch weitere Informationen aufzurufen, so z.B. die Initiative „Berufsbildung 4.0“ sowie das Förderprogramm „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“.

Advent, Advent, ein Lichtlein brennt, erst Null punkt eins

Ein großes Paket liegt da auf dem Weihnachtstisch. Wir befühlen es vorsichtig. Etwas Schweres, Hartes. Wow! Das Fünf-Milliarden-Euro schwere Programm modernster digitaler Technologie.

Dann 0.2 ... Wir öffnen es, das Paket. Statt einer Gebrauchsanweisung finden wir eine bunte Weihnachtskarte. Wir lesen die Frohe Botschaft: Glückwunsch, Sie haben gewonnen: „Einmal eins und ABC - nur noch mit dem PC.“ Unterzeichnet von unserer Bildungsministerin persönlich. Johanna Wanka. Mit fließender Schönschrift (Bradley Hand ITC). Schöne Zeiten stehen auf rosa Papier. Schluss damit, Lückenbüsser spielen zu müssen für vernachlässigte Elternpflichten. Wir SVL¹ sitzen ganz entspannt im New Classroom und entwerfen multitaskend ganz nebenbei flexible Kompetenzdesigns für unsere Schutzbefohlenen. Nur in dem Falle, dass einer unserer Smombies² die Lücke im Lückentext absolut nicht füllen könnte, springen wir kameradschaftlich ein. Desgleichen bei Mathe-MCA³. Schließlich wollen sie

ihren Modul auch abschließen – wann, das entscheiden sie selbstverantwortend. Ansonsten stellen sich unsere Mitlerner (denn wir alle lernen uns doch ständig weiter) vollkommen ruhig. Ihre Blicke sind auf die psychedelisch-blinkende Scheibe gerichtet, ihre Gesichtszüge verraten REM⁴ oder äußerste Erregung – ohne dass sie im Mindesten die Konzentration ihrer Mit-SuS⁵ beeinträchtigen.



...dann 0.3 Nach Entfernung der letzten Folie das glitzernde Ding. Aber, liebe Johanna, wo ist denn der Schlüssel, um in den Genuss all dieser Wohltaten zu kommen? Dass die Maschine auch funktioniere? Da, ein kleiner Beilagenzettel! Überschrift: Smart Solutions. „All diese Vorteile, liebe Kundinnen und Kunden, können Sie schon

morgen für sich buchen, wenn Sie sich vertrauensvoll an meinen Freund Jörg Dräger wenden.“

.... dann 0.4. Dann steht der Bertelsmann in der Tür.

Ernst Hilmer

1 Selbstverantworteter Lehrer
2 Smartphone-induzierter-Zombie
3 Multiple Choice Answers

4 REM Rolling Eyes Movement
5 Schüler und Schülerinnen

DIE AUSBILDUNG FÜR BERUFSSCHULLEHRER MUSS VERBESSERT WERDEN

Die Arbeitsgemeinschaft Gewerblich-Technische Wissenschaften und ihre Didaktiken (gtw) in der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft e. V. hat sich im Rahmen der 19 gtw-Herbstkonferenz 2016 an der Leibniz Universität Hannover mit der Qualität der Ausbildung von BerufsschullehrerInnen befasst und dafür die sogenannte Hannoveraner Erklärung herausgegeben. WAP sprach darüber mit Prof. Dr. Georg Spöttl.

Herr Spöttl, Sie sehen große Defizite in der Qualität des Unterrichts in den berufsbildenden Schulen. Können Sie Ihre Einschätzung bitte kurz wiedergeben?

in einem zweiten Fach noch in der Gestaltung der Lernprozesse und der Lehrplanarbeit ausgebildet.

Damit stehen den berufsbildenden Schulen immer weniger Lehrpersonen mit einem fachlich in zwei Fächern versierten Profil zur Verfügung, die auch die didaktisch-methodische Gestaltung von Lernprozessen für verschiedenste Zielgruppen beherrschen.

Warum ist die Situation in den technischen Bereichen besonders drastisch?

Seit Jahrzehnten liegen die Einschreibungen in den technischen Fachrichtungen für das Lehramt an beruflichen Schulen an den Hochschulen je nach Schwerpunkt nur bei einem Viertel bis einem

Drittel gemessen am Bedarf. Die Gründe dafür sind sehr vielfältig.

Einerseits spielen bisher die Lehrämter für berufliche Schulen an den Hochschulen eine untergeordnete Rolle. Nur selten werden diese Studiengänge personell so ausgestattet, dass die notwendige hohe Qualität in der Lehre gesichert ist. Ob sich das mit der Einführung von Lehrerbildungszentren oder den „Schools of Education“ verändern wird, ist im Augenblick noch offen.

Andererseits leiden die beruflichen Schulen nach wie vor unter schlechtem Ansehen und von Eltern, Betriebsvertretern, politischen Vertreterinnen und Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen wird die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen und die Vielfalt, die bei diesem Schultyp gegeben ist, in der Regel massiv unterschätzt.

Berufliche Schulen werden oft darauf reduziert, dass sich dort nur auf Konfrontation ausgerichtete Schüler und Schülerinnen aufhalten und eine Ausbildung - ich darf das Bild mal gebracht - in Judo wichtiger scheint als in einem Lehramt. Das führt zu einer negativen Werbung, so dass von Interessierten Studiengänge für berufliche Schulen gemieden werden zugunsten der Wahl anderer Studienmöglichkeiten.

Nicht gelungen ist bisher die Rekrutierung erfolgreicher Absolventen von Ausbildungsgängen an beruflichen Schulen für ein Studium des Lehramts an berufsbildenden Schulen. Um das zu ändern, sind erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten angesagt.

Sie kritisieren in dem „Hannoveraner Aufruf“ auch die Hochschulen. Was werfen Sie den Hochschulen vor?

An den Hochschulen werden kaum Konzepte zur Ausbildung von Lehrkräften für berufliche Schulen umgesetzt, die aus „einem Guss“ sind. Es dominieren nach wie vor sogee-



Aufgrund des Mangels an Lehrkräften, die gezielt für den Unterricht an berufsbildenden Schulen ausgebildet sind, verliert vor allem die pädagogische Komponente im täglichen Unterricht an Gewicht. Diese ist jedoch zentral für die Förderung der Lernprozesse und Kompetenzentwicklung.

Aktuell werden vor allem Personen mit einem allein fachspezifischen Profil in den berufsbildenden Schulen eingestellt. Diese sind weder

nannte Mosaikmodelle, bei denen niemand die Gesamtverantwortung für die Ausbildung in einem Lehramtsstudiengang trägt. Vielmehr ist die Verantwortung an den Hochschulen auf viele Schultern verteilt. In vielen Fällen sind die Studierenden auf sich gestellt und fühlen sich alleine gelassen.

Auch die Herausforderungen in der beruflichen Bildung und den beruflichen Schulen werden im besten Falle am Rande in den Studiengangmodellen verankert. Vor allem in den „Beruflichen Fachrichtungen“ - also in den Hauptfächern wie

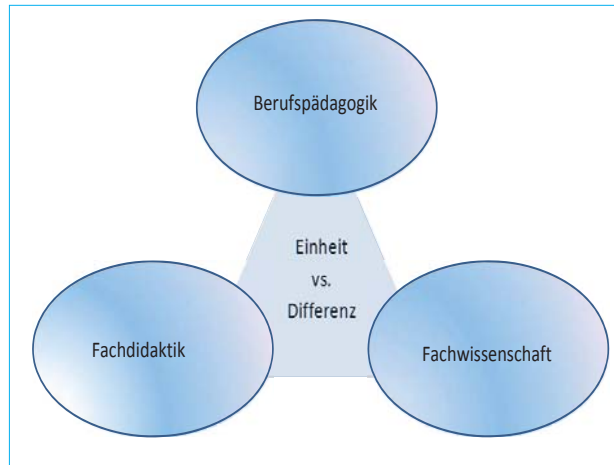
bspw. Metall- oder Elektrotechnik, Informationstechnik oder Fahrzeugtechnik oder andere Fachrichtungen - werden die zu belegenden Lehrveranstaltungen entweder nach den Vorgaben der Ingenieurwissenschaften oder zufällig zusammengestellt ohne Rücksicht darauf, welche Schwerpunkte und Zielgruppen später zu unterrichten sind. Das führt dazu, dass diese Studiengänge oft nicht studierbar sind!

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Die Organisation und die Vorbereitung von mehreren Lehramtsstudiengängen für die berufliche Bildung für die Akkreditierung hat mich gelehrt, auf fünf Punkte besonders zu achten:

- Es ist von großem Vorteil, wenn bei der Modellierung der Studiengänge den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Einrichtung von Beruflichen Fachrichtungen gefolgt wird.

- Es ist alles daran zu setzen, dass es eine Gesamtverantwortung für einen Studiengang gibt und potenzielle Studierende vom ersten bis zum letzten Schritt hinsichtlich der Organisation eines Studiums von den Verantwortungsträgern beraten werden können.



- An Hochschulen, in denen in Lehrämter für berufliche Bildung ausgebildet wird, müssen sich die Hochschulleitungen zu diesen Studiengängen bekennen und diese auch unterstützen im Sinne der Qualitätsstandards für wissenschaftliche Studiengänge der Kultusministerkonferenz.
- Es muss eine personelle Ausstattung für die Studiengänge gewährleistet werden, die den Anforderungen an Wissenschaftlichkeit und den Anforderungen der beruflichen Bildung gerecht wird.
- Die Hochschulvertreter sind herausgefordert, endlich an der Implementierung homogenisierter Modelle zu arbeiten. Die aktuelle Beliebigkeit der Modelle muss überwunden werden.

Wie schätzen Sie die Realisierungschancen Ihrer Maßnahmen ein? Gibt es Bündnispartner in Politik oder Wirtschaft?

Bisher sind die Vertreter der beruflichen Bildung bei der Implementierung von Studiengängen weitgehend auf sich alleine gestellt. Nur wenige Hochschulleitungen unterstützen Lehramtsstudiengänge für die berufliche Bildung gezielt und erfolgreich. Von politischer Seite und von der Wirtschaft ist seit wenigen Jahren Unterstützung wahrnehmbar. Allerdings wirkt diese Unterstützung bisher nur wenig, weil Hochschulen versuchen, die Autonomie zu verteidigen.

Die Realisierungschancen einer erfolgreichen Ausbildung von Lehrkräften an wissenschaftlich ausgerichteten Hochschulen sehe ich durchaus als gegeben an. Das belegen zum einen einzelne, erfolgreiche Modelle zur Ausbildung von Lehrkräften und zum anderen verdeutlicht die aktuelle Diskussion, wie wichtig eine qualitätsorientierte Ausbildung dieser Zielgruppe ist. Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung ist jedoch, dass sich die einzelnen Landesregierungen für eine Lehramtsausbildung an Hochschulen einsetzen und die inzwischen unübersichtlichen Sonderlösungen vorbei an Lehramtsstudiengängen der beruflichen Bildung einstellen.

Prof. Dr. Georg Spöttl war viele Jahre im Institut für Technik und Bildung an der Uni Bremen (ITB) beschäftigt und dort auch der Sprecher des Institutes. Nach seiner Emeritierung arbeitet er heute im Zentrum für Arbeit, Technik und Berufsbildung (ZAB) der Uni Bremen.

Informationen zur Hannoveraner Erklärung und zur gtw findet man unter: <http://www.gtw-ag.de/?p=911>.

Quelle: wap 28.10.2016

SCHULE AUCH ANDERS DENKEN

Tage der Achtsamkeit an der EKS in Darmstadt

Ein schulisches Projekt zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg der beruflichen Bildung zur Mündigkeit.

Die Erasmus-Kittler-Schule hat in diesem Jahr wieder ihre Tage der Achtsamkeit, bereits zum dritten Mal seit 2013, vom 08.-10. November 2016 durchgeführt. Neben dem Kernthema Suchtprävention stand die Veranstaltung diesmal im Fokus von Nachhaltigkeit und Integration. Unterstützt durch die Schulleitung und das Kollegium hat sich das Team Achtsamkeit aufgemacht, an drei Tagen den Schüler*innen unterschiedliche



Angebote zu machen, über sich und ihr Verhalten bzw. Erwartungen nachzudenken. Dabei sollte die Veranstaltung Impulse setzen - anschaulich und spannend -, Achtsamkeit als persönlichen und gesellschaftlichen Zugewinn für das Leben zu begreifen.

Auf Initiative des Religions- und Beratungslehrers für Suchtprävention und Drogenfragen, Winfried Busch, hat sich ein Team aus engagierten Lehrer*innen im Jahr 2012 aufge-

macht, das Thema Achtsamkeit in Form von mehrtägigen Veranstaltungen an der Schule dauerhaft zu etablieren. Dabei geht es weniger um die aus der buddhistischen Lehre bekannten meditativen Aufmerksamkeitsübungen, sondern um die Stärkung der Wahrnehmung der eigenen Person „Was muss ich tun, dass es mir gut bzw. noch besser geht“. Handlungsleitend für uns ist dabei immer das Ziel, die Persönlichkeitsentwicklung in Verantwortung für sich selbst und die Mitmenschen durch die Tage der Achtsamkeit zu unterstützen. So spielen neben dem Thema Suchtprävention (Alkohol, Rauchen, Drogen, Glücksspielsucht u.a.) auch Themen eine Rolle wie Körper- und Geistarbeit am Beispiel von Körpermanagement, Entspannungsübungen, Ernährungsberatung, Kommunikation, Diversity Management, Medienmündigkeit und politische Bildung am Beispiel von Couragiert gegen Rassismus, Radikalisierung, Rechte und Pflichten in der Berufsausbildung.

Die Übung in Achtsamkeit für die Schüler*innen hat zu aufkommenden Bedürfnissen der Lehrer*innen der Schule zum Thema geführt. Auf Anregung des Kollegiums fand in diesem Jahr ein pädagogischer Tag zum Thema Achtsamkeit auch für die Lehrer*innen statt.

Begonnen haben die diesjährigen Tage der Achtsamkeit am Dienstag den 08.11.2016 mit einer Veranstaltung der Multivision e.V. aus Hamburg zum Thema Nachhaltigkeit „REdUSE – über den Umgang mit den Ressourcen unserer Erde“, verpflichtend für alle an diesem Tag anwesenden Schüler*innen der

EKS. (s. hierzu Artikel Darmstädter Echo vom 08.11.2016)

An den beiden darauf folgenden Tagen, Mittwoch und Donnerstag, fanden in der Schule insgesamt 12 unterschiedliche Workshops statt. Der Besuch der Workshops ist auf freiwilliger Basis, d.h. jede interessierte Schülerin und jeder interessierte Schüler konnte sich auf Grundlage ausgeteilter Infoflyer mittels aushängender Listen in die Workshops einwählen. Neben den Workshops konnten ebenso Infoplateaus besichtigt und Filme zum diesjährigen Schwerpunktthema „Nachhaltigkeit“ angeschaut werden. Auch waren unsere beiden InteA-Klassen mit Workshops und dem Verkauf landestypischer Speisen der unterschiedlichen Nationalitäten integriert und beteiligt.

Sowohl die Resonanz der Schüler*innen wie auch die der Workshop-Referenten waren sehr gut und wir können, wie schon in den Jahren zuvor, von einer erfolgreichen Durchführung und gelungenen Veranstaltung sprechen. Die nächsten Tage der Achtsamkeit sind deshalb für das Jahr 2018 bereits in Planung.



GEFLÜCHTETE IN DEUTSCHLAND: INTEGRATION DURCH BILDUNG

Integration ist Herausforderung und Chance für das Bildungssystem/didacta 2017 zeigt neue Initiativen, Methoden, Lernangebote

890.000 Flüchtlinge kamen allein 2015 nach Deutschland, weitere Tausende in den vergangenen Monaten. Ihre Integration ist Herausforderung und Chance: Sie findet nicht zuletzt in Kitas, Schulen und Ausbildungsbetrieben, Unis, Berufsschulen sowie Sprachkursen statt.

Lange war kaum bekannt, über wie viel schulische und berufliche Qualifikation die einzelnen Neuankommlinge verfügen. Klar war nur: Der durchschnittliche Flüchtling ist jünger als 33 und männlich. Inzwischen zeigt eine Erhebung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge unter Asylbewerbern: Den vielen Personen, die eine Hochschule oder ein Gymnasium (36 Prozent) besucht haben, steht eine nennenswerte Gruppe gegenüber (31 Prozent), die keine Schule oder nur eine Grundschule besucht haben. Deutlichen Nachholbedarf gibt es auch bei der beruflichen Qualifizierung.

Sprachbarriere, Heimweh, Neuanfang

In Deutschland stehen die Geflüchteten vor vielen Herausforderungen: Die deutsche Sprache muss erlernt werden. Etwa ein Drittel der Asylbewerberinnen war noch nie erwerbstätig. Gerade Kinder und Jugendliche müssen Heimweh und Fluchterfahrungen verarbeiten. Das gesamte Bildungssystem ist gefragt.

Angesichts nahezu 300.000 neu zugewanderter Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen im vergangenen Schuljahr betonte die Präsidentin der Kultusminister-

konferenz, Dr. Claudia Bogedan: „Nur durch Bildung kann Integration gelingen.“ Kitas und Schulen haben sich inzwischen vielfach auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eingestellt. Viele Unternehmen, Industrie- und Handelskammern initiieren Programme für Asylsuchende, Universitäten bieten kostenlose Studienplätze an.

Neue Initiativen, Methoden, Lernangebote

Die Entwicklung zu mehr digitalem Lernen könnte für Deutschlands neue Bewohner hilfreich sein. Unbesetzte Ausbildungsplätze wären eine Chance für Geflüchtete. Doch welche Projekte, Lernangebote und Initiativen gibt es überhaupt?

Bildung durch Integration

Nicht zuletzt gilt es auch zu fragen, ob Bildung allein der Schlüssel zur Integration sein kann. Vor allem mit Blick auf die frühkindliche Entwicklung betont Bildungsforscher Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis: „Wir müssen das Verhältnis umkehren: erst die Kinder gut sozial und kulturell in die neue Umgebung einbetten und dann mit Bildungsangeboten beginnen.“ Die vorliegende Forschung bestätigt, dass man sich nicht auf die Vermittlung von Sprachkompetenz beschränken dürfe.

Von den neuen Mitschülern, Kolleginnen und Kollegen können schließlich auch Lernende ohne Migrationshintergrund profitieren: „Die Welt kommt ins Haus, das Leben wird bunter und reicher, je

verschiedener wir sind, umso mehr können wir voneinander lernen“, meint Erziehungswissenschaftlerin Prof. Dr. Renate Zimmer. Diese Haltung gelte es, „bei Kindern, Eltern und pädagogischen Fachkräften zu unterstützen“ – in der Kita, der Schule und an vielen anderen Lernorten.

Welche Bildungschancen das Einwanderungsland Deutschland geflüchteten Familien bietet, wo Chancen und Herausforderungen liegen, ist auch Thema auf der didacta-Bildungsmesse 2017 in Stuttgart.

Frühe Bildung

Kita-Seminar

Kultureller Vielfalt offen und sensibel begegnen

Schule/Hochschule

Forum Unterrichtspraxis

Pädagogische Arbeit mit Flüchtlingskindern

Forum Unterrichtspraxis

Zweitsprache Deutsch und Schriftspracherwerb – für Kinder ohne Deutschkenntnisse

Berufliche Bildung/Qualifizierung

Forum Berufliche Bildung

Podium: Berufliche Bildung als Schlüssel für Integration

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen der didacta 2017 (14.-18.02.2017 in Stuttgart) finden Sie unter www.didacta-stuttgart.de/programm

PM 21.11.2016

GESUNDE AZUBIS – NEUES PROJEKT GESTARTET

Nach den Daten des Fehlzeiten-reports 2015 berichten mehr als die Hälfte der Auszubildenden (n = 1.300) über häufige körperliche Beschwerden und 46,1 Prozent über psychische Probleme. Jeder fünfte Azubi weist ein riskantes Gesundheitsverhalten auf. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Neues Umfeld, fremdbestimmter Tagesablauf, Abnabelung vom Elternhaus, selbstständige Lebensführung. „Prävention kann Krankheiten verhindern und Leben retten, wenn schwere Erkrankungen früh erkannt werden. Das vermitteln wir mit dem Projekt „Gesund Durchstarten“ bereits jungen Menschen in den Unternehmen. Es ist wichtig, wenn die Ausbildung Körper und Geist viel abverlangt,

„**sund Durchstarten**“ initiiert und u.a. bei AVM, K+S, der Fraport AG, Evonik, der Deutschen Rentenversicherung Hessen sowie modellhaft an Berufsschulen durchgeführt. Ziel ist es, zielgruppengerichtete und geschlechtsspezifische Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention anzubieten, um damit die Gesundheitskompetenz der jungen Menschen zu stärken.

In den Teilprojekten „Mädelspower“ und „Leistungsstarke Kerle“ wird in je vier Modulen Wissenswertes über die Gesundheitsthemen Ernährung, Bewegung, Stress und Sucht sowie über geschlechterspezifische gesundheitliche Problemstellungen vermittelt. Grund für die geschlechtsspezifische Trennung

sei die bei beiden Geschlechtern unterschiedliche Herangehensweise an Gesundheitsthemen. „Junge Erwachsene, die mit dem Berufseinstieg einen neuen Lebensabschnitt beginnen, haben eine erhöhte Bereitschaft, gesundheitsfördernde Verhaltensweisen in ihren neuen Alltag zu integrieren. Und genau hier setzen wir mit dem Projekt an“, erklärte Grüttner.

Pilotprojekt an Berufsschulen

In Kooperation zwischen dem Gesundheitsministerium und dem Kultusministerium wurde das Projekt „Gesund Durchstarten“ 2015 an vier Berufsschulen erprobt, so z.B. im 1. Ausbildungsjahr der Kfz-Auszubildenden an der Friedrich-Dessauer-Schule in Limburg. Dort wurden in einem informativen und

abwechslungsreichen Schultag die vier Module:

- „**Männer-Talk**“ mit einem „Männerarzt“
- „**Bewegter Alltag**“ mit Tipps und Tricks für einen gesunden Körper
- „**Lebenskompetenz**“ mit einem Experten der Suchtberatung und
- „**Kochen für Kerle**“ mit einem selbst zubereiteten leckeren Mittagssnack durchgeführt.

Fazit aus der Schule:

Schüler wie Lehrer waren von dem Pilotprojekt positiv überrascht. Wir hatten einen spannenden Schultag und jede Menge Spaß. Die positiven Rückmeldungen der Auszubildenden sowie der Lehrkräfte motivieren das Projektteam, die Umsetzung in Berufsschulen auch über die Pilotphase hinaus möglich zu machen.

Hinweise und Kontakte

Die Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAGE) evaluiert das Projekt und ist Ansprechpartner. Kontakt: christina.vey@hage.de

Unter hage.de/aktivitaeten/gesundbleiben/Projekte/html sind die beiden Teilprojekte mit ihren je vier Modulen abrufbar

- Flyer „Leistungsstarke Kerle“
- Flyer „Mädelspower“

Christina Vey (HAGE e.V.)/Dieter Staudt/Dr. Catharina Maulbecker-Armstrong (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration)



Bildquelle: Gesundheitsarchitekten Nitschky & Partner GbR

auch auf das eigene Wohlbefinden zu achten. Das ist von großer Bedeutung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für die Unternehmen“, betonte der Hessische Gesundheitsminister Stefan Grüttner.

Gesund Durchstarten

Vor diesem Hintergrund hat das Hessische Gesundheitsministerium bereits 2012 das Azubiprojekt „Ge-

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen
-Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann
Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker
Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegen genommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

BÖCKLER-SCHULE:

THEMENHEFT MITBESTIMMUNG

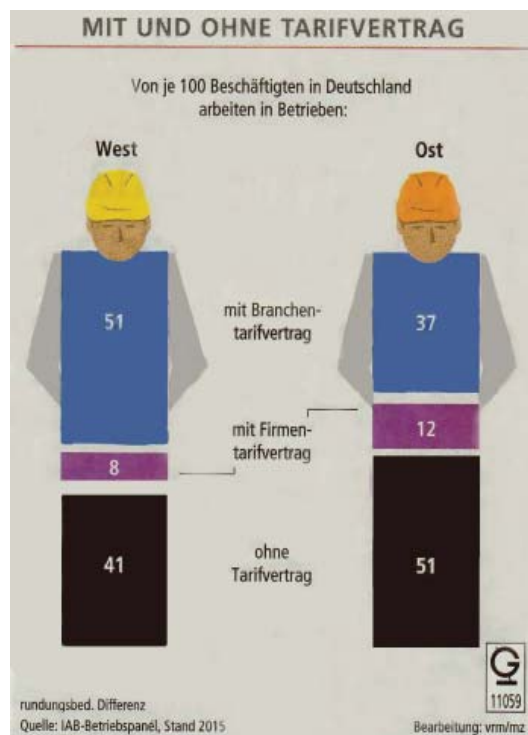
Die Mitwirkungsrechte zählen zu den grundlegenden Arbeitnehmerrechten in der Wirtschaft und sind ein wichtiges und unverzichtbares Thema für den Politik-, Sozialkunde- und Wirtschaftsunterricht. Dazu hat die HBS ein neues Themenheft herausgebracht. Neben Materialien zu betrieblicher Mitbestimmung und Mitbestimmung im Aufsichtsrat bietet das Heft auch Materialien zu verwandten Unterrichtsthemen wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände - für die Sekundarstufen I und II und für verschiedene Anspruchsniveaus. Ein Methodenteil lädt dazu ein, den Unterricht handlungsorientiert zu gestalten. Das Heft eignet sich zur Bearbeitung von Themen wie Unternehmen/Betriebe, Soziale Marktwirtschaft/Wirtschaftsordnungen oder Demokratie.

Die „Böckler Schule“-Unterrichtsmaterialien orientieren sich einerseits an aktuellen fachwissenschaftlichen Erkenntnissen, andererseits genügen sie anerkannten fachdidaktischen Kriterien. Grundlage ist das Konzept zur Entwicklung und Evaluation von Unterrichtseinheiten für den sozioökonomischen Unterricht, das Professor Tim Engartner von der Goethe-Universität Frankfurt a. M. im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitet hat.

Im Mittelpunkt steht dabei die integrative Vernetzung der sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen Politik, Ökonomie und Soziologie, die ein lebenssituationales Lernen ermöglichen soll.

Der subjektorientierte, auf Lebenssituationen zielende Ansatz der sozioökonomischen Bildung wird verknüpft mit einer Orientierung an den Rollen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Rollen reichen von der tarifvertraglich geschützten Arbeitnehmerin bis zum prekär Beschäftigten im Betrieb, von der Konsumentin in der Wirtschaft bis zum Bürger in der Zivilgesellschaft.

Entstanden ist ein lebendiges und schülerorientiertes Heft, das die Geschichte, die Auseinandersetzungen und den Stellenwert der Mitbestimmung in der Arbeitswelt im Unterricht lebendig bearbeiten lässt.



Böckler-Schule erreicht man über:
<http://www.boeckler.de/39577.htm>
Das Themenheft ist unter
<http://www.boeckler.de/43120.htm>
einzusehen.

HT 2017

**19. Hochschultage
Berufliche Bildung 2017
3. bis 15. März 2017 in Köln**

Der Fachkongress findet unter dem Motto »Respektive – Bilanz und Zukunftsperspektive der Integration durch Bildung, Arbeit und Beruf in der Region« statt.

Die gemeinsame Reflexion über die Leistungen der beruflichen Bildung respektive das gemeinsame Vordenken der Gestaltungsoptionen für die berufliche Bildung sind das leitende Motiv.

www.htbb-2017.uni-koeln.de

Fortbildungen und Trainings für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) setzt seit 1999 demokratiestärkende Bildungs- und Beratungsarbeit für Schulen und viele weitere Zielgruppen um. Ziel ist es, klar gegen menschenverachtendes Denken und Handeln aufzutreten und die demokratische Zusammenarbeit zu stärken.



Handeln aufzutreten und die demokratische Zusammenarbeit zu stärken.

Kontakt NDC in Hessen: Landesnetzstelle Hessen Hessischer Jugendring

E-Mail: hessen@netzwerk-courage.de

didacta 2017 in Stuttgart

Die Bildungsmesse

14. bis 18. Februar 2017 in Stuttgart

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen der didacta 2017 unter www.didacta-stuttgart.de/programm

Lehrerpflicht

Machen wir zu Recht auch Terz,
für den Beruf schlägt unser Herz.
Keiner wollte drauf verzichten,
ganzheitlich zu unterrichten!
Nun denn, in sonderbaren Zeiten,
sollen junge Menschen wir begleiten,
auf dass sie sich orientieren
und nicht den Überblick verlieren.
Ein Gespenst geht um auf dieser Welt,
leugnet alles, was ihm nicht gefällt.
Unbeherrscht und bauchgesteuert,
wird dauernd Unsinn abgefeuert!
Das Kunstwort heißt postfaktisch,
sie gehen vor gezielt und taktisch,

bereit die Tatsachen zu ignorieren,
wollen Wutbürger Lügen akzeptieren.
Nicht Diskurs, Ratio und Vernunft
sind die Mittel dieser Zunft,
mit Fakten wird nicht debattiert,
nur gefühlte Wahrheit präsentiert.
Es machen sich auf die Populisten,
wollen Demokraten überlisten,
wollen, dass die Jugend sich bekennt,
mit Rattenfängern ins Verderben
rennt.
Postfaktizismus bringt kein Glück,
geht vor die Aufklärung zurück,
und will den Weg bereiten

für post-demokratische Zeiten.
Auf dass jeder Lehrer sich nun traut
und widerspricht – und zwar ganz laut!
Wir Faktenprüfer sind nicht kleinlich,
die Populisten, die sind peinlich!
Die Herausforderung nehmen wir an,
stehen unsre Frau und unser 'n Mann,
helfen in emotionalisierten Zeiten
mit Vernunft, die Zukunft zu bereiten!
*Auszug aus einer Weihnachtsansprache von
Ralf Fei an das Kollegium der MES
Alsfeld*

